

Volksmacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Preis pro Nummer im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0,45 Rmt., monatlich 3,5 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 18 Pf. auswärts 22 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleide-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 58 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Preisnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Preisnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Freitag, den 26. Februar 1932

Nr. 48

Sozialdemokratie zeigt den Weg zur Ueberwindung der Krise

SPD-Reichstagsfraktion hat im Reichstag Gesetzentwürfe eingebracht zur Verstaatlichung der Montanindustrie, für Auflegung einer großen Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung und zur Beseitigung der Härten der Notverordnung

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt, die zum Teil von sehr weittragender Bedeutung sind. Besonders bedeutsam ist der Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie. Er hat folgenden Wortlaut: „Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschloffen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.“

I. Die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebenbetriebe sind gegen Entschädigung in die Staatsverwaltung zu überführen.

II. Die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Großindustrie, sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Maschinenwerke sind gegen Entschädigung in die Staatsverwaltung zu überführen.

III. Für die Entschädigung sollen folgende Richtlinien gelten: Die Entschädigung erfolgt auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte der vom Reich übernommenen Gesamtanlagen einer Unternehmung, jedoch mit der Maßgabe, daß nur der Teil der übernommenen Anlagen, der im Durchschnitt der Jahre 1929—1931 effektiv ausgenutzt wurde, Entschädigungsanspruch besitzt.

Rückständige Steuerbeträge, Forderungen und bereits gewährte Zuschüsse der öffentlichen Hand werden aufgerechnet. Die Abgeltung für das auf dieser Grundlage ermittelte Vermögen erfolgt in Form einer befristeten Rente im Ermessen von 5 Prozent.

IV. Die in Reichseigentum überführten Betriebe sind nach wirtschaftlichen in regionale Betriebsgesellschaften und zentrale Gesellschaften aufzusuchen, an deren Aufsichtsorganen Vertreter des Reichstags, sowie der gewerkschaftlichen Verbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf sieht also nicht nur die Verstaatlichung des Bergbaues, sondern auch der damit verbundenen Schwerindustrie, wie z. B. der Hütten- und Maschinenwerke vor. Die Entschädigung an die bisherigen Eigentümer soll nur den tatsächlichen gegenwärtigen Wert berücksichtigen, und es ist bekannt, daß gerade in der Schwerindustrie vielen Unternehmungen ein großer Teil des Aktienkapitals als verloren anzusehen ist. Die Entschädigung soll nicht in bar, sondern durch Gewährung einer fünfprozentigen Rente erfolgen. Verschulden und bisher gewährte staatliche Subventionen sollen berücksichtigt werden.

Die Aussichten auf Annahme des Gesetzentwurfs sind nicht optimistisch, wenn das Zentrum im Reichstag die gleiche Haltung einnimmt, die von seinen Vertretern in letzter Zeit wiederholt der Öffentlichkeit eingegeben worden sind. Insbesondere der christliche Bergarbeiterführer Imbusch wiederholt die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert und es muß sich jetzt zeigen, ob diese Forderung tatsächlich ernst gemeint ist. Außerordentlich wichtig ist auch der sozialdemokratische Gesetzentwurf über die Auflegung einer Gold-Prämienanleihe. Dieser Gesetzentwurf ist ein Teil des sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsprogramms und steht in engem Zusammenhang mit dem bereits vor einigen Tagen eingebrachten Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues, sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer. Der Zweck des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist die in großem Umfang gehandhabte Entlastung der Wirtschaft im Wege der öffentlichen Arbeitsbeschaffung wiederzujführen. Man rechnet damit, daß gegenwärtig mehr als 1 1/2 Milliarden Banknoten in den Sparstrümpfen liegen und wenn es gelingt, auch nur einen Teil davon zu erwirtschaften, so wäre damit für die Arbeitsbeschaffung schon erhebliches gewonnen.

Um diesen Zweck möglichst vollständig zu erfüllen, soll die Anleihe als Staatsanleihe ausgegeben werden, die in kleine Stücke zerlegt wird und neben einer Verzinsung von 4 1/2 Prozent einen besonderen Anreiz durch die Gewährung von Prämien erhält. Die Anleihe soll also einen charakteristischen Charakter tragen, ähnlich den Los- und Prämienanleihen, im vorigen Jahrhundert bei den meisten deutschen Staaten beliebt waren. Und nach dem Kriege hat es wiederholt Prämienanleihen gegeben, z. B. die deutsche Sparprämienanleihe von 1918 und die österreichischen Losanleihen von 1920/21. Der Erfolg der Anleihe soll zu zwei Dritteln für die Förderung des Kleinwohnungsbaues, und zu einem Drittel für die übrigen Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Zwei weitere sozialdemokratische Gesetzentwürfe sehen Änderungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vor. Der eine Entwurf bezweckt die Beseitigung der sozialistischen Härten, die die Notverordnung vom 8. Dezember auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Fürsorge gebracht hat. Es handelt sich hier vor allem um folgendes:

1. Bei der Krankenversicherung soll die Beschränkung auf die Vorkasse aufgehoben werden;
2. Bei der Unfallversicherung sollen Erleichterungen zugunsten der niedrigen Renten einleiten;
3. Verbesserungen bei der Gewährung der Renten und beim Kinderzuschuss in der Invaliden- und in der Angehörtenversicherung;
4. Beseitigung der gegenseitigen Anrechnung beim Zusammenstoßen der Renten aus der Invaliden- und Angehörtenversicherung;
5. Beseitigung von Härten bei den Ruhevorschriften bei Zusammenstoßen von Renten aus der Invaliden- und Angehörtenversicherung mit Krankengeld, Unfallrente usw. Während die Notverordnung alle Doppelbesitze aufgehoben hat, soll die frühere Freigabe bei der Anrechnung wieder eingeführt und von 25 auf 40 Mark erhöht werden;
6. Neue Vorschläge bringt der Gesetzentwurf über die gegenseitige Anrechnung der Bezugszeiten beim Uebergang

von Versicherten aus der Invalidenversicherung in die Angehörtenversicherung und umgekehrt.

Der Gesetzentwurf der Sozialdemokratischen Fraktion über die Abänderung der wohnungswirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung steht insbesondere vor:

1. Ausdehnung der Mietbeschränkung auf die Untermieter;
 2. Wiederherstellung der bisherigen Vorschriften des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes;
 3. Streichung der Vorschriften über das alsbaldige Aufheben des Wohnmangelsgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes.
- Im Zusammenhang damit verlangt ein besonderer sozialdemokratischer Antrag die Erleichterung der Erlangung von Hypotheken und Grundpfandrechten durch Pfandbriefe, sowie die Ausdehnung dieser Tilgungsmethode auf Kommunaldarlehen. Die Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung vom 8. Dezember haben diese Tilgungsart auf Betreiben der Hypothekendarlehen außerordentlich erschwert.

Schließlich fordert ein sozialdemokratischer Antrag die Reichsregierung auf, endlich die erforderlichen Schritte zum Aufbau einer dauernden Kartellkommission entsprechend dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf über Kartell- und Monopolkontrolle vom Dezember 1930 zu unternehmen.

Der jüngste Parteibuchbeamte

Hitler durch Schiebung zum Regierungsrat befördert Hitler kommt an eine Behörde, die am 1. April aufgelöst wird

Es ist erreicht! Adolf Hitler hat es nach mancherlei Verwehungen zum Regierungsrat in Braunschweig gebracht! Die Schaffung dieser Stelle für ihn war nicht ganz leicht, und die Art und Weise, wie die Braunschweiger Regierung der Öffentlichkeit die längst erwartete Schiebung mitteilen wollte, war bemerkenswert nicht einfach. Viele Mittelteilnehmer des Parteibuchens sind über die Schiebung und die mangelnde Ernsthaftigkeit dieser Anstellung hervor. Hier ist dies Dokument:

„In Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die Braunschweigische Staatsregierung Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen und wird ihn bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigen, wo er ausschließlich die Interessen der Braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs in weitestem Umfange tätig zu sein. Diese Lösung schließt jeden Zweifel an dem ernsthaften Willen der Braunschweigischen Regierung aus. Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nicht bringend für das Land ausüben kann. Es liegt die Erklärung Hitlers vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.“

Erk wolle er nicht, und dann mußte er doch. Wir sehen Herrn Adolf Hitler schon, wie er mit der Aufmerksamkeit unter dem Arm als eine Art Syndikus braunschweigischer Industrieller bei den preussischen Zentral- und Provinzialbehörden und bei den einschlägigen Reichsbehörden antizipiert wird, um mit allem Nachdruck die wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig wahrzunehmen! Ebenso antizipiert jede beliebige deutsche Stadt mit weniger als 500 000 Einwohnern eine besondere Vertretung zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Berlin errichten und das mit noch größerem Recht als das Land Braunschweig. Die Begründung zu der Schaffung einer ausgeprägten Parteibuchstelle für Hitler ist nur für die Dummen berechnet, die von Verwaltung keine Ahnung haben.

Man könnte, wenn man diese Ernennung ernsthaft nehmen wollte, den Gedanken, welche Funktion Adolf Hitler nun zu erfüllen hat, weiter ausmalen. Man könnte sich insbesondere vorstellen, was Adolf Hitler als braunschweigischer Regierungsrat nun unternehmen würde, wenn er erst einmal bei der Reichs-

präsidentenwahl durchgefallen sein wird, und wie er es dann ermöglichen wollte, seine braunschweigischen Amtspflichten auch nur zeitlich in Einklang zu bringen mit der Führung einer großen Partei. Die Konsequenz einer ernsthaften Ernennung Hitlers müßte dann der Verzicht auf die Führung der Nationalsozialistischen Partei sein.

Aber es bedarf solcher Erörterungen nicht. Vor wenigen Tagen erst hat die Braunschweigische Regierung erklärt, daß sie am 1. April die Gesandtschaft in Berlin aufzulösen werde. Angelehnt dieser Erklärung ist jede Deklamation über den ernsthaften Willen der Braunschweigischen Regierung, Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nicht bringend für das Land ausüben könne, nichts als ein erbärmlicher Versuch, die Wahrheit zu verdecken. Es geht nicht um die Beamtenbeziehung Hitlers, es geht vielmehr um das Staatsbürgertum, und Hitler ist nicht braunschweigischer Regierungsrat geworden, um Amtsanstellungen zu erhalten, sondern um damit die rechtliche Voraussetzung für seine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl zu erhalten.

Die Braunschweigische Regierung muß sich sagen lassen, daß diese Ernennung deshalb nicht einen legalen Regierungsratsposten darstellt, sondern eine Schiebung, und daß der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Hitler nicht auf ordnungsmäßigem, sondern auf rechtlichen Untergrund stützhaltendem Wege zustande gekommen ist. Denn die Tätigkeit Hitlers als braunschweigischer Regierungsrat wird damit begründet, daß er, gemäß der Reichsverfassung, zunächst einmal Urlaub nehmen wird, damit er seine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl entsprechend vertreten kann.

Die Kandidatur des sozialistischen Kandidaten gegen die Reichsverfassung beginnt also mit einer Schiebung, die einen offenen Rechtsbruch, eine Verletzung der Einbürgerungsvorschriften und eine Verletzung des verfassungsmäßigen Grundgesetzes der Weimarer Verfassung darstellt. Mit einem Wort:

Die Kandidatur des Staatsrechtslehrers war einseitig mit einem Witz gegen das Recht!

Aber dieser Witz gegen das Recht ist zunächst ein Witz gegen das Ansehen Hitlers. Das ist nun der Einbürgerungsmodus sein, der eines deutschen Staatsbürgers würdig ist, während es das einfache ordnungsmäßige Gehalt eines Staatsbürgers ist. Dieser lächerliche Witz gegen das Ansehen Hitlers ist ein Witz gegen das Ansehen der Reichsregierung.

Wilhelm III.

Der Bürgerbräukandidat als Präsidentschaftskandidat

Als Hitler den verhängnisvollen Schritt in die Tiefe des Bürgerbräukellerkaales in München abfeuerte, der den separaten Putsch im November 1923 einleitete, wollte er Herrn v. Kaab den „Abprüfung“ sichern. Er wollte die vollendete Tatsache schaffen, vor der Kaab nicht mehr zurückzublicken, und er wollte selbstverständlich mit dieser Erzwungung des Abprüfungs das Uebergewicht über seinen Partner Herrn v. Kaab gewinnen.

Hitler, die Verkörperung des Führer-Prinzips in der NSDAP, hat sich in der letzten Zeit in der Frage der Präsidentschaftskandidatur gedreht und gewunden, während die ihn umgebenden Reichsführer der Partei ihn in die Kandidatur hineinzuschleppen und zu drängen suchten. Als schließlich Nazi-Göebels die Rolle Hitlers im Bürgerbräukeller gespielt hat und Hitler den Abprüfung erleichterte, indem er ihn am Montag abend kurzerhand im Berliner Sportpalast als Präsidentschaftskandidaten der NSDAP. proklamierte. Es hat zur Erleichterung des Abprüfungs Hitlers diesmal keines Kesselflickschusses bedurft. Aber der Abprüfung ist nun mal erfolgt und es gibt für Hitler jetzt kein Zurück mehr.

Selbst die Sache mit der mangelnden deutschen Staatsangehörigkeit hat ihm seine Umgebung nach der Schiebungs- methode Patent Frick aus dem Wege geschafft. Der braunschweigische Nazi-Minister Klages hat Hitler zum Professor der politischen Pädagogik an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt, und damit der Schiebungs- Charakter dieser Ernennung etwas stärker kaschiert, werde als jeherzeit die Sache mit dem Gendarmereispreiten in Hildburghausen, soll Hitler alsbald seine Antrittsvorlesung in Braunschweig über politische Pädagogik halten. Vielleicht, behauptet er seine Hörer, wie man den Abprüfung für zaudernde Revolutionäre bejagt oder wie man als Politiker mit Reichsgerichtsräten und Reichswegzehrern umzugehen hat. Vielleicht liest er auch Kollegen über die Technik politischer Propheten. Er wird mit einer Renommier-Vorlesung doch nicht den weltlichen Beamten-Charakter erkaufen, und aus der Schiebung wird auch mit solchen Mitteln noch nicht ein legaler Regierungssack. So erscheint der Präsidentschaftskandidat der NSDAP. auf der politischen Bühne, in jeder Hinsicht geschoben! Geschoben in die deutsche Staatsbürgerschaft und geschoben in die Kandidatur zur Reichspräsidentschaft!

Aber geschoben oder nicht geschoben, jetzt ist mit Hitler als Präsidentschaftskandidat zu rechnen. Zunächst wird die Partei Hitlers nach seiner Aufstellung zweifelt um den Schlag kämpfen, so wie eine putzpolitische Partei alles auf eine Karte setzt. „Jetzt oder nie“, das ist die Parole, die ihre Führer ihnen ansprechen. Ihre Hoffnung ist, daß in einem Plebiszit viel härtere Chancen sind, als in allgemeinen politischen Parlamentswahlen, die Massen dann zu entessen und die politische Überlegung auszuschalten. Sie wollen den Putsch durch das Plebiszit, sie wollen das Plebiszit für Hitler, um es als Regierungsgrundlage für kommende Generäle gegen die Verfassung und die Verfassungsanhänger vorzuziehen zu können. Sie wollen aus einer legalen Wahlentscheidung im Rahmen der Verfassung eine revolutionäre Entscheidung machen, bei der die Verfassung aufgehoben ist. Mit einem Worte, diese Wahl wird der verzweifelte, entscheidende Ansturm des Faschismus.

Hitlers Kandidatur schafft eine absolut klare Front. Es geht nicht um die Frage, ob die Partei des Faschismus allmählich in die Regierungsgewalt und damit auch in die Verfassung hineingezogen wird, wie die Partisanen des Faschismus im rechtsbürgerlichen Lager glauben machen wollen. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus. Damit aber ist es zu Ende mit der legalen Tarnung der Staatsstreifgelnisse von Hitler. Sie liegen jetzt offen zu Tage. Darum ist diese Kandidatur für Hitler selbst außerordentlich ernst; denn seine Niederlage wird von großer und weittragender Bedeutung sein! Von politischer Bedeutung wie von persönlicher Bedeutung für ihn selbst.

Man weiß nicht, welche praktischen Vorstellungen sich der Präsidentschaftskandidat des Faschismus von seiner eigenen Rolle

stellen, bei dem das Objekt des Abhandels von seinen eigenen Anführern bald in diese, bald in jene Position gestochen und gezerrt wurde, so daß ein jeder in Deutschland erkannte hat, daß dieser „große Führer“ in seiner eigenen Partei nichts mehr zu sagen hat, sondern nur noch der Popanz ist, der immer dort steht, wo ihn eine Clique hingestochen hat jetzt den „großen Führer“ in Unterhofen. Aus soviel Vagheit, soviel Klarheit, soviel Subalternität ist noch kein Präsidentschaftskandidat hervorgegangen!

Eine deutsche Schande

Wie unser Berliner Bericht und auch ein Bild in die bürgerliche Presse zeigen, wurde die Reichstagskammer vom Dienstag für die Nazi-Partei zu einer schweren Niederlage. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß die Sozialdemokratie die Plebiszitische Parole: „Weiß die Waffen weg“, für ein Land allein einzuliefern abgelehnt hat. Wir möchten dazu nur noch eins sagen: Es hat während des Krieges in allen Ländern Abertausende gegeben, die es abgelehnt, auf die Menschheit zu schließen. Es hat Abertausende aus allen politischen Lagern gegeben, die brauchen dem Massenmorden, angeleitet bis in die Seele, den Kälten feierten. Unter ihnen waren viele sehr tapfere Menschen, und keinem Sozialdemokraten fällt es ein, einen Kriegsverweigerer zu beschimpfen oder zu verzeihen. Aber eine Schande ist es, wenn Leute einer Fraktion,

Sozialdemokratischer Oberbürgermeister

Brandenburg, 26. Februar. (Eigener Fundbericht) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und gegenwärtige Kammerer in Rathen Paul Gillat, wurde am Donnerstag von der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung mit 22 gegen 4 Stimmen zum Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg gewählt.

Neue Schlapppe der Japaner

Morgens Erfolge der Japaner, nachmittags erobern die Chinesen alles zurück

London, 26. Februar. (Eig. Fundbericht) Die chinesischen Truppen unternahmen am Donnerstag nachmittag gegen die am Schanghai verbarrikadierten Japaner einen überraschenden Gegenstoß, so daß es ihnen gelang, den japanischen Erfolg vom Vormittag wettzumachen und den Japanern das oberste Gelände zu entreißen.

Das deutsche Generalkonsulat in Schanghai ist inzwischen geräumt worden, da es unmittelbar neben dem von den Chinesen kühnlich beschlossenen japanischen Generalkonsulat liegt.

London, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht) Die japanischen Truppen, die am Donnerstag morgen um 8 Uhr Ortszeit die Offensive wieder aufgenommen haben, fallen gegen mittag die ersten chinesischen Verteidigungs-

linien nördlich von Kiangwan eingeschlossen und später eine Bewegung in Richtung auf den 5 Kilometer westlich von Kiang gelegenen Ort Tschang ausgeführt haben. Sie sollen die Ab haben, die Chinesen zwischen ihren Stellungen und der internationalen Konzeption von Schanghai einzuschließen. Die im Abend besitzlichen chinesischen Truppen wurden nach den hier vorliegenden Meldungen von der japanischen Artillerie und von Panzern aus beschossen.

Die chinesische Nationalregierung in Nanjing beabsichtigt General Tschiangkai-scheik zum Oberbefehlshaber der Wiedereroberung der Mandchurei bestimmten Streitkräfte zu nennen, während der sogenannte christliche General Yen-Hui-iao das Kommando über die Truppen um Schanghai übernehmen wird. Diese Absicht ist als Anzeichen der Einigkeit der sonst streitenden Parteien in China zu betrachten.

Verbot der Hitler-Jugend in Bayern

Das bayerische Unterrichtsministerium hat sämtliche Organisationen der Hitler-Jugend verboten.

Schon vor Jahresfrist richtete sich ein Erlass der Regierung gegen die Beteiligung Schulpflichtiger an der „Jungmännerschaft der Hitler-Jugend“, die Jugendliche von 10 bis 16 Jahren umfaßt. Inzwischen gründeten die Nazis für die allerjüngsten Schüler vom siebenten Lebensjahre an das sogenannte „Jugendheil der Hitler-Jugend“, das mit einer eigenen Zeitschrift gegen die Terrormaßnahmen der Schulaner von Nazis und Schulwegen“ gedrillt wurde. Diese Tendenz gab der bayerischen Unterrichtsverwaltung Veranlassung, die Beteiligung Schulpflichtiger an der Hitler-Jugend insgesamt zu verbieten.

Gegen Frankreich „Wahlreform“

Paris, 25. Februar. (Eig. Fundbericht) In französischem Senat ist am Mittwoch der Senator Cheron ausgearbeitete Bericht der Wahlreformkommission verteilt worden. Cheron spricht sich gegen die Annahme der Reform aus und verlangt die Beibehaltung des jetzigen Wahlsystems, da alle französischen Wahlen nach dem Grundprinzip der Mehrheit gewählt werden, die Mithing der Mehrheit in Frankreich ein entscheidendes Element für den sozialen Frieden sei.

Das Leben

der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank

Copyright 1950 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.“ Berlin SW 61 20

Nichts. Wieder eine Nacht. Sie hat ein Traum. Marie kommt von einer großen Waise, ist teilnahmslos, denkt an nichts anderes, als sich eine halbe Stunde auszurufen. Da steht er vor ihr, vorlegen und Tisch gestrichelt, stellt sie um und fängt sie ab. Marie behält ihre Ruhe, aber diese Ruhe ist fürchterlich zu ertragen. In ihrem Blick Marie. Heißer fallt, teilnahmslos und unermüdet, wie auch schlaflos merrest ihre Frage liegt. Was willst du? Weiter nichts. Er schneidet, stellt seine Berlegenheit ab und spielt den Verleumder, der neue Mann. Aber er spielt schlecht. Marie weiß über ihre Berlegenheit ins Gesicht, sie trinkt. Er spielt mit dem Nischen. „Sag! Wenn du nicht willst!“ Nicht den Kopf seitlich, spielt langsam die schwanke Zigarette aus dem linken Mundwinkel aus rotem Bindel. „Alles was soll ich dir tun? Stelle sie in die Keller.“ „Du bist ein Mann, das man hat.“ Marie gibt's mit. Nicht zu lassen und so weiter. Doch, sie hätte was und — na, heute, da hast du mir was geben, nicht? Marie verliert die Ruhe. Der Mann muß fort von hier, hat aus dem Vorhängen, der Mann darf nicht bei ihr gesehen werden. Marias Gehirn arbeitet. Etwas anderes beobachtet. Da ist doch verarzt. Du soll es doch gut geben. Du weinst doch — da hat der — Das war eine große Dummheit. Er weiß es schon. Er packt, laßt seine Güte, mit dem Hosenknopf, hält die Kiste, nicht ein Entschuldig.

Er wirft, einzige Antwort, den Kopf wieder seitlich. „Na, wenn dich denn nicht! Is auch egal! Aber das is nicht egal! Da is Geld brauch!“ So steht er vor ihr: kalt, beherrschend, fordernd. Marie schüttelt den Kopf. „Läßt dich denn dieses Bild, dieser Mann mit der offenen Hand, nicht aus dem Kopf schütteln? Marie hat nun ganz ihre Ruhe verloren. Der Mann muß fort von hier, muß fort. Wenn sie ihm Geld gibt, wird er geben. Sie wird ihm Geld geben, dieses Mal noch, und dann überlegen. Sie hat heute fünf Mark verdient, ein hartes, großes, blinkendes Stück Geld. Sie weißt heute in die Tasche, gibt es ihm, heißt ihn nicht an dabei. „Fort! Fort! Fort! Fort!“ Marie hat den Kopf schütteln, schlägt den Zeigefinger zur Ruhe. „Na denn —! Wiederholt!“ Marie lächelt ihn nach. „Ne wieder!“, heißt nur seinen Kösen, aber dem unbestimmbar die Schultern hochziehen, über den Bürgerkrieg, jetzt über den Straßendamm schwanzen und zwischen den anderen Kindern verhalten. Er läßt rasch Marias Hände die Schläfen klopfen dort nach, sagen deutlich: Das war die zweite Dummheit! Warum machst du so dumm, Marie? Schlimm! Schlimm um dich bestellt, Marie! Marie kommt zu keiner neuen Überlegung. Noch dreimal laßt er sie ab und zwingt Geld aus ihr. Da erst will sie fort. Sie droht ihm mit der Polizei, verzett, daß sie auf dem Polizeivorkrieg war, droht ihm unerschütterlich an, daß sie wieder hingehen wird, wenn er sie nicht in Ruhe lassen will. Nebenbei hat Marie Ruhe. Er läßt sie nicht mehr leben. Drei ganze Wochen geben dir. Marie hat schon fast verzogen. Die Angst ist ihm geworden. Das war keine schwere Granaade, laßt sich Marie. Das war nur ein Windpfeifer. Aber — wehst man das vorher? Sonntag. Marie fährt mit den Kindern in den Grunewald. Sie gehen spazieren und haben sich Blöckchen mitgenommen. Der Ellen sie zum Kaffee und lassen zunächst glücklich liegen und den mitgenommenen Duden und lesen hinaus auf der See. Da schon mal ein kleiner weißer Engel, da schirmen Hintergründe und weißer Mann. Sieht und tragt wie Marias wieder besetzte Scherben. Erstabend, als sie nach Hause kommen. Die Granate! Die Korridorsteine nicht offen. Marie rafft rasch in ihrem Schrank, laßt in die Straße. Da stellt die Schranktür weit geöffnet und zerpfändert, auf-

gedrungen. Marie greift, indes unglaubliche Ahnung sich klaren Angstgedanken formt, in die Tiefe des Schrankes. Marie greift nochmals und nochmals, heugt sich vor in das dunkel, reckert mit ihren Fingern herum und lacht und juchet. Rufen, in dem das Wirtschaftsgeld für den nächsten Monat zweiundfünfzig Mark Spargel darüberhinaus aufbewahrt ist, ist verschwunden. Marie fühlt sich ohnmächtig. Die Tisch ist wieder da, strömt aus den Beinen in die Brust, fließt um Herz, kriecht hoch ins Gehirn, durch die Schädeldecke bis in Haare, die Schmerzen. Die Kinder stehen ängstlich in der Stube. Da steht es aus. Kleidungsstücke liegen auf dem Boden, die Schulblaser der Kommode sind weit herausgezogen und roh durchstochen, Bertillo steht offen, eine Glasschale liegt zerbrochen auf dem Boden, die Blumen stehen zerstreut in der Nische auf dem Tisch, steht erst Marie den Kasten dort neben den Scherben. Sie jauchzt, steht ihm auf. Jetzt! Jetzt fällt Marie auf den Stuhl. Sie kämpft schwer gegen den Drang zur Ohnmacht an. Schmerz, bei Bemühen zu hilt. Kein klarer Gedanke läßt sich fassen. Dazu weinen ist Kinder, hilflos und verzweifelt. Nur Trube bleibt ruhig, vor der Mutter und tröstet. Gerts Phantasie wird noch verzögert, weiter zu weinen und will zu den Nachbarn und Polizei. Jetzt erst wird Marie lebendig, schüttelt hart mit dem Kopf gerecht hinaus: „Kein! Bleib hier!“ Gerd versteht nicht, fragt dann und fortwährend. Da sieht Marie die Kinders Bett. Gerd soll in der Küche schlafen. Wie verzweifelt gleichen die Kinder fort. Sie tun Marie leid. Aber was sie machen, was soll sie ihnen sagen? Soll sie ihnen sagen, ihr Vater ist geflohen hat? Mit Mäde gelohnt es, die Korridorsteine zu verschließen. Marie schraubt von der Speckkammerstütze den Kegel ab, lockert ihn an die Korridorsteine und schiebt den Kegel ab. Dann bringt sie die Stube in Ordnung. Sie nimmt die Schuhe vom Boden auf, stellt und hängt sie wieder an ihre Plätze. Kontrolliert die ganze Wohnung und sieht alles durch und sagt nichts. Alles ist da, nur die Sache ist zerbrochen und das G ist fort. Schlimm genug für Marie: Nun war sie soweit gekommen, immer schon einen Monat voraus das Wirtschaftsgeld hatte es haben; sie hat gehört, mehr als fünfzig Mark, Grundkapital des Reichthums der Kinder. Alles dahin. Nichts als zertrümmertes und Unordnung, hier und im Dinn. Und auch im Dinn-

Die Entlarbung der Nazis geht weiter

große Rede Brüning's im Reichstag — Bis Ende 1931 1500 Überfälle durch Nazis und 62 Personen von Nazis ermordet — Die wahren Schuldigen an unserer Not — Wie der Krieg Deutschlands Reichthum zerstörte

Berlin, 26. Februar, 12 Uhr.
Reichspräsident Brüning tritt bei Eröffnung Reichstags-sitzung die Abgeordneten, sich darauf ein, daß die Sitzung länger dauern und am Freitag die Verhandlung früher beginnen wird, weil die Abstimmungen unter diesen Umständen am Freitag abend erledigt sein sollen.

In der Fortsetzung der Aussprache über die Reichspräsidentenwahl spricht Hr. Brüning (Bund. V. B.). Er meint, der nationalsozialistische Angriff auf die Weimarer Verfassung ist ein sehr gefährliches Gebot. Die Prophezeiung werde nicht eintreffen, denn das deutsche Volk habe nur einen Mann wie Hindenburg, der nicht nur geistvoll, sondern auch gearbeitet und geopfert habe für das deutsche Volk. (Lebhafter Beifall.) Einig sei die Habsburger Front nur in der Ablehnung Hindenburgs, nicht aber in der positiven Einstellung. Das größte politische Missverständnis für eine Koalition mit den Nationalsozialisten. (Gelächter und Zurufe bei den Nat. Soz.) Die von Hindenburg geforderte Einigung im Innern könne nicht erreicht werden auf dem Wege der Diktatur. Das deutsche Volk ist mündig geworden und lasse sich keine Diktatur gefallen.

Reichszentralrat Dr. Brüning

Ich bemühe mich auf die Außenpolitik ein und führt dazu aus: Die Lage ist außenpolitisch so gespannt, wie selten vorher. Die Situation ändert sich von Tag zu Tag. Von Tag zu Tag können Ereignisse eintreten, die neue Maßnahmen jeder einzelnen Regierung erforderlich machen können. Wir leben in einer Zeit mit gleicher Nervenspannung wie im Kriege. Es ist tatsächlich schon ein blinder Krieg in wirtschaftlicher Beziehung in der ganzen Welt entbrannt. In einer solchen Zeit kommt alles darauf an, mit Kaltblütigkeit ohne Rücksicht auf innerpolitische Agitation die Sache des Landes zu betrachten, sie formulieren und zu verfolgen. Wenn man Kritik übt an meinem Vorgehen in Genuß, will ich, ohne näher auf die Einzelheiten einzugehen, vor allem ein ganz klares Wort grundsätzlich aussprechen: Ich werde mich dazu verpflichten lassen, eine Prellpolitik zu machen mit Rücksicht auf Notstandsbedürfnisse im Innern, wodurch die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht gefährdet werden könnten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. — Lärm bei den Nat. Soz.) Diese Stellungnahme wird in der Welt auch verstanden. (Lärm rechts.) Es würde aber eine ganz andere Kraft hinter dieser Politik stehen, wenn das deutsche Volk sich entschließen könnte, in entscheidenden Punkten der Außenpolitik auf innerpolitische Auseinandersetzungen zu verzichten. (Lebhafte Kundgebung in der Mitte, Lärm bei den Nat. Soz.) Sie (zu den Nat. Soz.) haben gestern eine ziemlich oberflächliche Kritik an der Außenpolitik geübt. (Sehr wahr!) Sie hätten besser daran getan, gestern und gestern dieses Schauspiel nicht der Welt zu geben. (Beifall.) Im Vordergrund des Interesses steht jetzt vor allem auch die asiatische Frage.

Die Reichsregierung wird alles tun, um einer fortschreitenden Deflation zu begegnen. Die Maßnahmen des Reichskommissars sind zu einem gewissen Maßstab gekommen. Weitere Maßnahmen werden noch hinsichtlich der öffentlichen Tarife für Gas, Elektrizität usw. erforderlich sein. Wir werden zu verhindern wissen, daß die Preise plötzlich wieder in die Höhe gehen. Den Preisverfall wollen wir stabil halten. Alles hängt davon ab, daß die deutsche Währung stabil bleibt. Dazu gehört eine Staatspolitik, die die sichere Deckung aller Ausgaben garantiert. Die notwendige Belebung des Arbeitsmarktes zur Behebung der gegenwärtigen Not liegt voraus, daß der lähmende Pessimismus weicht. Der Pessimismus wird gefördert durch die Art und Weise der öffentlichen Agitation gegen Staat und Regierung. Darum habe den Versuch gemacht, die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten herbeizuführen. (Lärm und Gelächter rechts.)

Der Reichszentralrat wiederholt dann die entscheidenden Sätze seiner Rundfunkrede, in denen er sagte, zu den Segelstärkungen des nationalsozialistischen Führers Hitler Händen schloßen Gegenüber die Weimarer Regierung nicht weniger prominente Unterführer der NSDAP. Das Auftreten der Nationalsozialisten gegenüber der ausländischen Presse im Kaiserhof und in den wilden Reden ließen es als elementare Pflicht für den verantwortlichen Staatsmann erscheinen, nun auch einmal vor größter Öffentlichkeit — durch den Rundfunk — die Ansicht der Reichsregierung bekannt zu geben. (Beifall b. d. Mehrheit. Lärm rechts.) Die Reichsregierung ist auch immer für eine enge aber gerechte Durchführung des Presseverbots eingetreten. Ich habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß es gegenüber einer sich nach so scharf gebärdenden nationalsozialistischen Bewegung nicht opportun ist, mit Maßnahmen und einer Politik vorzugehen, die an das Sozialistengesetz vergangener Jahre erinnert. (Minutenlang anhaltender Lärm der NS und Kommunisten.) Das ist auch die Grundtendenz des Erlasses des Reichswehramtministers, wenn sich ein Bestreben des Führers oder der Führer einer solchen Bewegung zu unbedingte die Massen auf dem Wege der Legalität weiterzuführen, man solche Bemühungen nicht von vornherein zurückweisen kann. (Zurufe bei den Soz.) Das bedeutet aber nicht ein wichtiges Zurückweichen vor Drohungen. Ich Sie (zu den NS) etwa nach dem Erfolg des Reichswehramtministers zu den Reichswehramtministers früherer Zeiten zurückzuführen, aber den sich Weimarer nach diesem Erfolg in der Reichswehr ergeben, dann, so habe ich nicht zu erklären, würden wir ebenso schloßen wieder einen anderen Weg wählen. (Beifall links, lebende Unterbrechung der NS — Präsident Brüning erteilt Ermüdungsrufe.) Wenn Dr. Goebbels gesagt hat, die Reichsregierung sei schuldig an dem sich entwickelnden Bürgerkrieg, so das (mit erheblicher Stimme) das höchste Stück aus dieser Rede. (Lärm rechts.) — Präsident Brüning kann dem nicht nur mit Mühe einigermaßen Gehör verschaffen. Die Reichsregierung hat selbstverständlich die Pflicht, für Ausgleichung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Reichspräsidentenposition reibt immer vom System und meint dabei manchmal das System Brüning, manchmal das System des v. Kappeler. (Lärm rechts: Das ist das Gleiche!) Lassen Sie mich mit dem 9. November aus dem Spiel. Wissen Sie, wo ich da war? Am 9. November 1918 war ich in der Kerntruppe, die General Winterfeldt zur Niederschaffung der Revolution gebildet hatte. (Beifall in der Mitte — Lärm rechts.)

Wenn der Hr. Kolbenberg meine vorhergehende Erklärung verächtlich, so mag ich es ablehnen, darüber Bescheidungen von einem Mann entgegenzunehmen, der in jeder Zeit noch gar nicht erloschen hat, welches Vaterland er überhaupt hat.

(Stürmischer Beifall der Mehrheit.) Die Behauptung, daß ich nicht ein dem Reichspräsidenten anderer Einzelstaaten, sondern Reichspräsidenten von Hindenburg, daß ich in Weimarer Regierung mit allen dafür in Frage kommenden Stellen abgerechnet, die die Umwälzung betreffen. (Sturm bei den Nat. Soz.) Den Führern der nationalsozialistischen Bewegung ist bekannt wie mit, daß ich diese Schuld nicht trage. Ich habe mehrfach dem Reichspräsidenten meine Demission angeboten, die Beine freizumachen. In meiner Rede im Oktober habe deutlich genug gesagt, daß ich immer bereit war, für eine demokratische Lösung der Weimarer Regierung, Selbstverpflichtung, die ich meinen Posten nur verlassen, um die Bahn für den

Kaiser frei zu machen, aber nicht für das Chaos. (Beifall der Mitte, Gegenrufe der Hitlerpartei.) Die Forderungen einer Gruppe, die letzten Endes darauf hinausläuft, ihr den gesamten Staatsapparat auszuliefern, haben das Scheitern der Verhandlungen verschuldet, die nicht ich geführt habe. Zu denartigen Experimenten war der Reichspräsident, dem während seiner ganzen Präsidentschaft die Einheit und Konzentration aller Kräfte am Herzen gelegen hat, in keinem Augenblick bereit. Ich muß das feststellen, damit nicht im Wahlkampf immer wieder mit solchen Thesen operiert wird. Ich habe mich den Bestrebungen, die Opposition an die Macht heranzulassen, nicht widersetzt, weil ich immer hoffte, daß es dem maßvollsten Führer gelingen würde, die Massen der Anhänger im Zaume zu halten. Ich habe freiwillig nie einen Hehl daraus gemacht, daß bei einer solchen Beteiligung der Opposition an der Regierung ich mit meiner Person nicht mehr in Frage käme. Die beiden bürgerlichen Parteien sind auch andere Gruppen, die sich ihnen zugesellen, können in den Reihen der Opposition zu keiner Einigung über irgend eine politische Frage kommen. Das habe ich zwar vorausgesehen. Aber mir daraus Vorwürfe zu machen, geht doch wohl zu weit. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Ebenfalls bin ich schuldig daran, daß Sie nicht als erste darauf gekommen sind, den Reichspräsidenten von Hindenburg aufzulösen.

Sie (nach rechts) jammern immer über das System und darüber, daß Sie nicht an die Macht kommen. Ja, es gehört natürlich auch ein gewisses Maß von politischem Verständnis dazu. (Großer Beifall und Heiterkeit.) Es sind unzählige Versuche in den letzten Jahren gemacht worden, mit den Reichsparteien zusammen zu realisieren. Wer flugt in politischen Leben, braucht das zwar nicht so stark herauszusprechen, eringt aber die Macht, die anderen nicht. (Schilderliche und Heiterkeit der Mehrheit.) Wenn man überhaupt von schuldhafter Beteiligung von Umständen oder politischen Ereignissen sprechen will, dann müssen Sie (nach rechts) nicht beim 8. November 1918 anfangen, sondern bei den politischen Fehlern der Weimarerzeit. (Beifall.) Aber dieser Teil der Rede ist vergessen. Mein System hat mit Ihrer Darstellung nichts zu tun. Mein System, das ist die Beschreibung der notwendigen sachlichen Linie, ohne Rücksicht darauf, was politisch mit ihr oder mit meiner Partei geschieht. Ich denke nur daran, daß deutsche Volk in diesem fürchterlichen Kampf so zu führen, daß es schrittweise vorwärts kommt. Und wenn ich immer wieder Hoffnungen in diesem Kampfe schöpfen konnte, dann, weil ich einem Manne dienen konnte, wie dem Reichspräsidenten von Hindenburg. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Mehrheit.) Wer das Glück hat, diesem Mann dienen zu können, wird auch Verständnis dafür haben, daß ich alles daran setze, und mit mir wohl die Mehrheit des deutschen Volkes, daß dieser Mann weiter die Geschicke des Volkes leiten kann. Versuchen Sie eines nicht. Von der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg hängt es auch ab, ob die Welt glauben soll, daß im deutschen Volke noch Ehrgefühl und Achtung vor der Geschichte und der geschichtlichen Person besteht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Hr. Lenz (Komm.) verliest einen anmaßlichen Artikel von mit genauen Annahmen zum kommunistischen Putsch in der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 mit Entwertung der Polizei und Reichswehr und Ausrufung der deutschen Sowjet-Republik. Dieser und ähnliche Spitzelberichte werden jetzt von den Hitlerleuten verbreitet um eine verlogene Fiktion gegen die Kommunisten zu entfachen. Unter Groeners Erlaß können die Nazis einen legalen Fahnenmarsch in der Reichswehr vollziehen. Nur in Sowjetrußland gebe es kein Massenelend, sondern Aufblau! Hitler, nicht Hindenburg-Front, sondern Arbeiter-Front! (Großer Beifall der Kommunisten, die darauf die erste Strophe der „Internationale“ singen.)

Die Reichspräsident v. Kappeler (D. Sp.) unterbrach die Sitzung, als das Singen auf sein Verbot nicht eingestellt wurde. In der neuen Sitzung spricht Präsident Brüning die Abgeordneten Bied (Komm.) und Kemmelfe (Komm.) aus der Sitzung aus. (Protestrufe der Kommunisten, ein weiterer Ordnungsruf.)

Hr. Dr. Goebbels (Ratlos.) behauptet, daß er nie die Absicht gehabt habe, den Reichspräsidenten zu beleidigen. Hr. v. Freytag-Loringhoven (Nat.): Der Reichszentralrat habe im Gegensatz zu seiner Versicherung niemals ernsthaft die nationale Front der Regierung herangezogen.

Hr. Dingeldey (D. Sp.) stimmt dem Reichszentralrat darin zu, daß die Außenpolitik nicht der Erreichung innenpolitischer Ziele dienlich gemacht werden dürfe. Die Regierung habe es aber versäumt, die Kräfte innenpolitischer Bewegungen ihrer außenpolitischen Arbeit nutzbar zu machen. Aber bei der Reichspräsidentenwahl müsse der Streit um die Regierung zurücktreten. Der Reichspräsident v. Hindenburg hätte dem deutschen Volk einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er seine Kandidatur an parteipolitische Bindungen geknüpft hätte.

Hr. Rossmann (Soz.): Dr. Goebbels hat das Sozialistengesetz ein Schattenspiel genannt. Er weiß freilich nichts von den 1800 Jahren Juchans und Selangons, von den unzähligen Greifenvernichtungen und von der Vertreibung so vieler nach Amerika, die unter den zwölf Jahren dieses Schandgesetzes, ohne eine einzige Amnestie, verhängt worden sind und die das Maß von Scheltung erklären, in das die Arbeiterzeitung der Weimarerzeit hineingetrieben wurde. Preußen behandelte bis zum Zusammenbruch die Arbeiter im Wahlrecht als Bürger minderen und mindestens Rechtes. Trotz alledem ist die Sozialdemokratische Fraktion im kaiserlichen Deutschland niemals auf das traurige Niveau herabgesunken, daß wir in diesen Tagen erleben haben. Von der antisemitischen Partei der Weimarerzeit galt das Wort: „Nicht deutsch, nicht treu, nicht ritterlich, nicht ehrlich, nur ganz unglücklich dumm — und das macht sie gefährlich.“ (Lebhafte Zustimmung links.) Die Reden der Abgeordneten Goebbels, Straßer und Rosenfeld haben nichts anderes gebracht als die alten Agitationsklischees, mit denen die Hitler-Partei seit Jahren ihre hehele Agitation betreibt. Sie beruht auf einer

Christ's Brot!

betreffendsten Verlässlichkeit der geschichtlichen Wahrheit über die letzten 14 Jahre. In dieser Zeit soll alle Not und alles Elend durch die Demokratie verschuldet worden sein. Für alle jene aber, für die die politische Geschichte nicht erst mit dem 9. November 1918 beginnt, besteht die moralische Verpflichtung gegenüber der herangewachsenen Generation, die Frage aufzuwerfen, was eigentlich im November 1918 geschah ist. Damals und zum Teil schon vorher sind die vier großen militärisch-funktionell-absolutistischen oder halbabsolutistischen Monarchen der Erde, der Kaiser von Japan, der Sultan und der Herrscher von Persien, in das Instrument des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der Staat keine der Instrumente des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der Staat keine der Instrumente des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der Staat keine der Instrumente des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Es gehört schon der ganze Infanterie-

ismus (kindliche Geisteschwäche) des Nationalsozialismus dazu, diesen Umschwung der Welt als Werk der „Novemberverbrecher“ hinzustellen.

Der Nationalsozialismus hat sich durch ungeheure Geschichtsfälschungen großgezogen, sein Wablauf zum Reichstagswahl 1930 behauptet: „Unsere Wirtschaft betätigte sich während des Krieges im Kreislauf. Das Ende des Krieges sah ein Deutschland, das an innerem Reichthum nichts verloren hatte und während des Krieges nichts verlor hatte. Vom November 1918 an aber verfügbare und verfügbare man die angelammelten Reserven und Guthaben des deutschen Volksoermögens.“

Sie haben Sie schon vergessen, das von 1914 bis 1918 volle 14 Millionen Menschen als Soldaten befehle, ernährt, transportiert, als Vermunete benötigt werden mußten, daß eben so lange die 14 Millionen Menschen das Volksoermögen in Form von Patronen, Artilleriegeschossen, Handgranaten, Torpedos und Bomben aller Art verpulvern mußten, und das am Ende dieser blutigen Katastrophe Deutschland eine Schuld von 165 Milliarden hatte? Und da soll Deutschland an innerem Reichthum nichts verloren haben!

Den Verlust von 2 Millionen junger Weiblicher auf den Schlachtfeldern rechnen Sie nicht, daß 1,5 Millionen deutscher Frauen zu Witwen wurden, daß 2 Millionen deutscher Kinder für ihr kermes Leben den Boden entbehren müssen, daß Millionen Eltern die Stöße ihres Alters hinnehmen sehen, daß 1,5 Millionen Menschen in ihrer Gesundheit und Kraft schwer geschädigt zurückblieben, und daß wir nun jährlich über 1 Milliarde — es müße viel mehr sein! — an Verjüngung ausfragen müssen — das nennen Sie „an innerem Reichthum nichts verloren“! (Hört! Hört! links — Lärm und Gelächter rechts.) Ein Volk, das einer solchen Propaganda nicht den Garaus macht, ist in tiefer Seele zu bedauern.

Not und Elend kommt nicht von der Demokratie, sondern vom Kriege.

Der die Wirtschaft zerstört und desorganisiert hat, und von dem Mangel an einer wirklich internationalen Organisation der Arbeit und der Wirtschaft. Statt uns mit dem Kopf einschlagen zu drohen, sollten wir lieber nachdenken, wie an die Stelle des verfallenden Systems ein neues besseres zu setzen wäre. Niemals werden Sie den wahren Schuldigen an diesem Elend, die nationalsozialistische Kapitalistische Reaktion von der Verantwortung freimachen.

Recht hat Goebbels damit, wenn er sagt, Deutschland schwebt in einer latenten Gefahr des Bürgerkrieges.

Wir täuschen uns nicht darüber, daß eine inter-revolutionäre Situation heringebracht ist mit dem Ziel, die Massen der Werttätigen weit über das Jahr 1918 zurückzuwerfen.

In diesem Verlu haben alle Leute ein Interesse, die im alten Obrigkeitsstaat gewohnt waren, zu herrschen und zu beschützen, und die den Verlust ihrer Herrschaft nicht verkraften können, viele, die durch die Kriegsjahre zu Proletariern geworden sind, aber auch solche, die zwar Proletarier sind, aber es nicht sein wollen, lassen sich gegen ihre eigenen Interessen in eine maßlose Feindschaft gegen die Demokratie hineinziehen, durch deren Zerstörung die frühere Rangordnung wieder hergestellt werden soll. Am Nationalsozialismus interessiert die Herren Thyssen und Kirdorf, die mit Adolf Hitler bankrottieren, nicht der Antisemitismus und die sonstigen Affären, sondern nur die erhoffte Wiederherstellung ihrer Macht. (Wärmende Zurufe der NS., gegen die einige Ordnungsrufe verhängt werden.) Mit dieses Ziel erreicht, dann werden die Massen auf den Schlachtfeldern der verbrauchten Werkzeuge geworfen.

Wir wissen, daß es bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl um das Generalziel geht, den schuldigen Vorwärts abzuschlagen. Um dieses Generalziels willen, nicht aus Sympathie für die Brüning-Regierung und ihre Politik werden wir für Hindenburg stimmen und verhindern, daß ein Hitler oder ein Handlanger Hugenbergs auf den Stuhl Friedrich Eberts setzen kann. (Unruhe b. d. Nat.-Soz.)

Das Gemeinere der nationalsozialistischen Redner über die Unterdrückung ihrer Bewegung wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

Bis zum Dezember 1931 sind von nationalsozialistischen Sturmabteilungen 1500 Überfälle verübt worden, bei denen 62 Personen ermordet wurden.

(Lachen bei den Natsoz.) In den meisten Fällen waren die nationalsozialistischen Täter kriminell schwer verurteilt, Kinder, Frauen und Schwerkrriegsbeschädigte befinden sich unter den Opfern. Die intellektuelle Urberheit dieser Bluttaten ergibt sich aus dem Buch „Die Verbrechen gegen viele Tausend „Novemberverbrecher“ zu verstreuen habe. (Beifall bei den Natsoz.) Wir wollen keinen Bürgerkrieg, aber wir werden dem Gegner mit den gleichen Waffen zu begegnen wissen, die er anwendet. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Hr. Böhm (Deutsches Landvolk) gab eine Erklärung ab, in der er betonte, daß seine Fraktion eine Umwidmung des Kabinetts unter verantwortlicher Beteiligung aller Reichsparteien durch das parlamentarische Mittel der Vertrauensanträge immer für dringend nötig gehalten habe. Es sei zu bedauern, daß jetzt die Person Hindenburgs in den politischen Kampf hineingezogen werde und die angeordnete Wahl dadurch zu einer Parteiwahl zu werden drohe. Die Landvolkpartei sei jedoch völlig frei von parteipolitischen Erwägungen für die Wahl Hindenburgs eingetreten.

Hr. Dr. Reinhold (Staatsp.) erinnert an die Proklamtion der Habsburger Front: „Gelächter ist jeder, der unsere Front verfehlt!“ Wird nun, so fragt der Redner, Hitler Herrin Dillenberg läuten oder Dillenberg Herrin Hitler? (Lärm bei den Natsoz.) Wie scheint das Habsburger Wort ebenso vergessen zu haben, wie das Wort Hitlers vor dem Münchener Putsch: „Könige werden mit eiserner Hand oder mit dem Schwerte.“ Und der Reichspräsident wird durch die Parteipolitik als Verfassungskämpfer hätte wir erwartet, daß er der Reichswehramt des Reichspräsidenten Groenier, wenn nicht ausbleibt, so doch wenigstens daraus die für unter Staatsgeheim unentzögliche Stelle freit, die eine Gleichstellung beider Parteien, die tren zum Stände setzen und ihn verteidigen wollen, mit denen die diesem Staat an die Gurgel wollen und jeder noch aller Legalitätseide keine Spur von Staatsgefühl und Staatsverantwortung haben. (Lebhafte Beifall links.)

Die Weiterberührung wird auf Freitag vertagt.

Ein Plansch der Reichsparteien
In seiner letzten Reichstagsrede der Reichsparteien Brüning u. folgende in der Reichstagsrede, die er im Reichstagsverlauf des Reichspräsidenten Groenier, wenn nicht ausbleibt, so doch wenigstens daraus die für unter Staatsgeheim unentzögliche Stelle freit, die eine Gleichstellung beider Parteien, die tren zum Stände setzen und ihn verteidigen wollen, mit denen die diesem Staat an die Gurgel wollen und jeder noch aller Legalitätseide keine Spur von Staatsgefühl und Staatsverantwortung haben. (Lebhafte Beifall links.)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Mittwoch, den 24. Februar, verstarb unser Kollege
Karl Friedrich Strauß
im Alter von 44 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zehntelze Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 27. Februar, nachm. 2 Uhr.
von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Carlowitz.

Achtung! **Reichsbund** der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegergeburteliebenen Ortsgruppe Breslau Sandstraße 1
Achtung!
Montag, 29. Februar 1932
abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr.

Jahres-Hauptversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht
2. Revisionsbericht
3. Vorstandswahl
4. Satzungsberatung
5. Verschiedenes
Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Ortsgruppenvorstand
Prädel Rogowil
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches

Primus-PALAST Hubenstr. 10
Wieder ein Programm, das nicht zu überbieten ist!
Der Tonfilm der großen Komiker
Hurra - ein Junge!
Jedes Bild ein Lachschlag
Eine Fülle von urkomischen Situationen,
daß die Lachsalven nicht enden wollen!
Hauptdarsteller:
Max Adalbert - Ida Wäst - Lucie Englisch
Fritz Schulz - Georg Alexander
Rolph Artur Roberts usw.
Formen:
Ein Abenteuer-Film, voll unerhörter Spannung
Kampf im Tal der Riesen
mit Milton Sills.
Ufa-Wochenschau
Tägl. 11.30 Uhr, Sonnab. 13.30, 15.30, 17.30
Sonntag 3 Uhr
Gr. Jugend-Vorstellung
Wildwest-Sensation.

WELTBÜHNE ASTORIA-PALAST
Friedr.-Wilh.-Str. 35 Fürstenstraße 32
W. 5, So. 3, Letztvorf. 8 $\frac{1}{2}$ W. 4 $\frac{1}{2}$, So. 3, Letztvorf. 8 $\frac{1}{2}$
In beiden Theatern:
3. Woche nach Capitol
Der Tongroßfilm, auf den der ganze Westen und Norden mit größter Spannung warten
Hans Albers
Der erklärte Liebling des deutschen Kino-Publikums in dem abendfüllenden
Kriminal-Sensations-Potpourri
Der Draufgänger
Der unvergessliche Hans-Albers-Film
„Der Große“ wird hier noch übertraffen
Das lustige Tonfilm-Beiprogramm
Auf der Bühne:
3 FREDOS Gastspiel I. Kasta-Pasta

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zubestellen b. allen Zeitungsträgern

Goldene Trauringe
Ingenieur - Gravierung gratis
Staublos - Billigste Preise
Gehtes Lager auch in
Uhren und anderen Gebrauchs-Artikeln
Zur Frau, neue Edition, bringt
das 2. Jahrg. Schöner, schöner Frauen
Albert Schöner Tel. 2742
Gebrüder 1886
Achtung! Wenn Geschäft beendet sich
nur in der Schmiedebrücke

STADTHEATER
Freitag 20 bis gegen 22
Abendm. 11.30, C. 11
Das Meer
Sonnabend, 19.30 bis gegen 22
Die Blume von Hawaii
Sonntag 11.30 - 19.30
Junge Bühne
15.30 bis gegen 18
Ermöglicht Freize
Alexandro Stradella
20 bis gegen 23
Die Försterei

LOBETHEATER
Täglich 20.15 bis 22
Der Zeriffene

THALIA-THEATER
Täglich 20.15 bis 22
Sitzplatz unter dem Nordpol
Sonntag, 15.30 Uhr
Zuhrmann Henjfel

Schauspielhaus
Dienstag, den 1. März, 8 Uhr
zum 1. Male
Mittwoch und Samstag 8 Uhr
Sonntag nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr
Neu ausgestattet
Die Dubarry
mit
Aita Grosz
Christine Schürin,
Häfflberger, Kalliger, Bräem
Orch.-Platz 3.50, Parkett 3.-
I. u. II. Rang 80 Pf. bis 2.25 Pf.
Vorverkauf eröffnet

UFA-THEATER
Die Krönung
der Ufa-Produktion
Lilian Harvey
Zwei Herzen
und ein Schlag
Regie: Wilhelm Thiele
Tägl. 5, 7, 9. So. ab 3 Uhr

Circus Busch
Schauspielhaus, Tel. 291 33
Hochzeit 6 Feste:
Gräfin - Luppe
Entscheidung
Bader - Pietro Scholz
Mama - Akross
Thompson - Kraus
Entscheidung
Gronovic - Belisch
Entscheidung
Nagy Bela - Pessl

Stadt: nur
Blätter-
platz 29, 1.
Ede Ring, hinter Kaiser 1.
Leihweise
Smoking u. Schrodanzüge
Kapphüte - Tel. 57082

In der Nacht
hört Sie kein Husten
wenn Sie
Rudolf Hustenbändchen
„Bog ist er“
gebrauchen. Zu haben zu
20 u. 50 Pf. in Apotheken
Drogenhandlungen und
Niederlagen, wo Palate
sichtbar.

Billige MOBEL
Schlaf-, Speise-, Flur-
stühle, Schreibtische, Bü-
cherregale, Waschmaschinen,
Nachtische, Kleiderbügel,
Rücken, Kleiderbügel,
Schreibtische, Schreibstühle,
Schreibtische, Schreibtische,
Tische, Klische, Klische,
Tische, Klische, Klische

H. Brandt & Co.
Gartenstraße 63, 1
(neben Capitol)

OD VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
KÖNIGLICHEN POLIZEI UND
FÜR DEN KOMMUNAL UND STAATL.
BEHÖRDE, PARLAMENTARE, GEWERL.
SCHAFTE, ARBEITSGEMEINDE, ARBEIT-
SPORT UND VERGLEICHEN WESEN IN
DRUCKSACHEN DER
VOLKSWACHT
BRESLAU & PLURSTRASSE 2-4

Sonntag
28. Februar, 11.30 Uhr
H.M.S. Royal Oak
Die Prinzessin
auf der Erbse

ATLANTIK
Gräbener Straße 74 Tel. 58508
Von Freitag bis Donnerstag
1 Woche!
Willy Fritsch, Käthe v. Nagy, Otto Wallburg
in der Ufa-Tonfilm-Operette
„Ronny“
Ein Film voll Freude, Musik, Tanz und Liebe
den Niemand versäumen darf. Ferner
Ufa-Tonwoche + Bauernhochzeit + Flock und Flick
Ein Film aus dem Kärntner-Land
Auf der Bühne: **Edgar Ralsen** Humorist
Anfangszeiten: 4.50, 6.55, letzte Vorstellung 9 Uhr

Spielplan Breslauer Lichtspielhäuser
Apollo/Oderfor
Ab heute in beiden Theatern:
SEGFRIED ARNO im Großtonfilm
Ein ausgekochter Junge
(Alles auf der Welt dreht sich um Geld)
mit Lella Werkmeister, Ody Gebauer, Walter Meier
Ferner: W. Fuetterer, Jenny Jugo
Sturmflut der Liebe
Dazu: Stuart Webbs in Masken
Sonntag: Große Jugendvorstellung

Zentral
Theater - Westendstr. 50
Die einschneid. Donnerstag, den 3. März
die weltberühmte Carl Millöcker Tonfilm-Operette
Der Bettelstudent
(Das Fest der schönen Frauen)
mit Hans Hoyer, Hermann, Fritz Schulz,
Jewetta Wawelna (Stenograph Berlin) Truus
von Anton - Musik - Dialog in buntem
Wechsel, machen ihn bis zur letzten Szene zu
einer erkrankten u. kurzweiligsten Unterhaltung
im stammten Filmstil:
Begleitet von der Hauskapelle
Die Jagd nach der Million
Ein spannender und lustiger Abenteuerfilm
mit Luciano Albertini
Ufa-Wochenschau
Ferner die hervorragende Bühnen-Atraktion:
Gespiel 1. berühmte Professor Hollaender-Trios
Ein musikal. Bilderbogen im Wandel der Zeit!
Beginn: Täglich 4.30. Letzte Vorstell. 8.45 Uhr.

Der Wahre Jakob
Preis 25 Pf. Preis 25 Pf.
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-Buchhandlungen und bei den Zeitungsträgern

Tischdecken 100 lrt. Mir.
1.75, Rest b.
50%, billiger, Friedländer,
Sonnenstraße 30.

Ja Roggenbrot
4 Stück 55 Pf.
Bäckerei „Silber“
Friedrich-Wilhelm-Straße 54.

Fahrräder
und Teile billig
Bordgeräte ... 25 Pf.
Koffert... 23
Batterie ... 28, 25
Gummireifen ... 25
Reimann,
Sadowajstraße 17.

Buchhandlung VOLKSWACHT
Königsplatz 3
Breslau

In der
Konfektionsetage
herabgesetzte Preise!
Kleider - Mäntel
Kinder-
Bekleidung
jetzt extra billig.
Schöne, billige
Konfirmanden-Kleider u. Anzüge
in guten Qualitäten u. modernst. Ausführungen

MESSOW
G.m. b.H.
WALDSCHMIDT
Schmiedebrücke

WAPPENHOF
Route Freitag:
4.30 Uhr 2 8.15 Uhr
Vorstellungen
Milly Capell / Walter Scattiel / Sial a. Parisien
3 Kriake / Katta und Stany / Diabella-Girls
Emil Hübner / Wappenhofwoche
Ab 8 Uhr: **BALL** 2 Kapellen
Nachmittags 30 Pf. Abends 50 Pf.

Die vorteilhafteste Einkaufsquelle für
Schuh - Bedarfsartikel
Ledersohlen usw.
ist und bleibt
Walter Neuser, Neumarkt 21
564 Preise, so billig wie noch nie!
In Einfamilienhaus in Zimpel
2 1/2 Zimmer mit Küche
teilweise möbliert, eventl. auch leer, bald zu
vermieten. Auskunft unter A. 572 durch
die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 572

Kleine Anzeigen
finden beim besten
Anzeigen-Verkauf
Kaufschancen u. a. an
Privaten. Wort & Bild
— feil & Planen
Wasser Konfirmanden
Größe 144, verkauft
Opitzstraße 50.

Ein Irrtum
Ist es, wenn Sie anneh-
men, daß die kleine Anzei-
ge nur in d. bürgerl.
oder sogenannten Ge-
meinschafts-Pressen er-
scheint? **257 Offert**
gingen im April 1932
eine kleine Anzeige

In der Volkswacht
ein. Deshalb inserieren
Sie in der Volkswacht
Ihr Vorteil

Frühjahrs
Großverkauf
Trottschuh
in Ledergrün
schl. Chevreau
und garniert
6 85
Neue
fresche
Modelle.
Enorm
billige
Preise.
6 85
Mod. Herren-
schuh Original
Goodyear. Welt
in braun
Tacke
Ohlauer Straße 15, Telefon 561 60
Reuschestr. 47/48, Telefon 274 20

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung

Erwerbslosensiedlung und Kleingärten - Die ärztliche Versorgung der Kriegerhinterbliebenen

Schaffung eines wissenschaftlichen Instituts für Neurologie

Die gestrige Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung war nicht sehr umfangreich. Einberufen war sie wohl überhaupt nur, weil in der geheimen Sitzung einige dringliche Miets- und Siedlungsfragen zu erledigen waren. Den Vorklagen über die Erwerbslosensiedlung und Kleingärten, die wir gestern bereits ausführlich besprochen haben, wurde zugestimmt. Kommunisten und Spalter haben wieder gegen die Erwerbslosensiedlung, fast einhellig dagegen mit so ausgesucht privatkapitalistischen Gründen, daß man annehmen konnte, er werde bald seinen ganzen Sozialismus an den Nagel hängen. Stope war auch sehr gegen, weshalb Genosse Tisch ihn mit artigem Gesicht daran erinnerte, wie lebhaft er seinerzeit für die Wohnhäuser eintrat. Im allgemeinen kennt man Stope nur von der einen Seite, in der sozialdemokratischen Fraktion kenne man ihn aber auch von der anderen. Die Heiterkeit im Hause steigerte sich noch, als Tisch die Fragen der Kleintierzucht in den Siedlungen streifte und Stope dabei rief: „Ich habe einen ebensolchen Hund wie der Bürgermeister Masch!“ Nun ist Stopes Hund allerdings kein Karmikel, aber anscheinend wollte er damit andeuten, daß ihm doch noch gewisse verwandtschaftliche Beziehungen mit den Sozialdemokraten verbinden.

Die Ortskrankenkasse hat den Vertrag mit der Stadt bezüglich der ärztlichen Versorgung der Kriegshinterbliebenen genehmigt, weil sie dabei Geld zusehen mußte. Genosse Dr. Kleemann hat sich der Sache angenommen und hoffentlich kommt ein neuer Vertrag zustande.

Schade, daß die Wähler keinen Blick in die geheime Sitzung werfen können. Dort gab es große Heiterkeit, als die Nazis bei ihrer Vorlage für zwei jüdische Herren gegen einen deutschen Arbeiter Partei ergriffen. Freilich, wenn man zufällig nicht weiß, wer Jude und wer Deutscher ist, kann es schon vorkommen, daß man den jüdischen Geschäftsleute dem deutschen vorzieht.

Die Sitzung, die kurz nach 17 Uhr vom Vorsteher Dr. Friedrich einberufen wurde, beschäftigte sich zunächst mit der Erledigung einer Vorlage und stimmte unter anderem der Bewilligung der Preise in den jüdischen Warmbädern, der Senkung der Gebühren für die jüdischen Markthallen und der Errichtung eines wissenschaftlichen Instituts für Neurologie auf dem Gelände des Wenzel-Hande-Krankenhauses zu, für das von der Rotkellerstiftung 50.000 Dollar zur Verfügung gestellt worden sind. Ein Antrag, verschiedene Kabel zu verlegen, die eine zentrale Einleitung der elektrischen Straßenbeleuchtung ermöglichen sollen, die Annahme einer Erbschaft, sowie die Gewährung eines Zuschusses zum Umbau des Hallea-Bauwerks wurden in die händigen Ausschüsse verwiesen.

Eine größere Debatte entspann sich bei dem Dringlichkeitsantrag des Magistrats, der sich mit Beschlußfassung über die

Errichtung der 350 Stadtrand-Siedlerstellen

beschäftigte. Beide Ausschüsse, die sich zwei Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt hatten, empfahlen die Verabschiedung der Vorlage und stellten an den Magistrat das Ersuchen, auch tariflich abhängige Arbeitskräfte zu beschäftigen und den Trägern der Siedlung bei der Grundrissgestaltung und Ausführungsweise freie Hand zu lassen. Die Stadtverordneten Ziska und Welt (SPD), die Schwarz, Stope und Estlein (SNP) gaben sich rechtliche Mühe, in schwungvollen Reden die damit verbundene „Ausnutzung der Siedler“ zu brandmarken, wobei sich einer der SNP-Mitglieder sogar zu der Behauptung verließ, daß das Wohnen in den Siedlungen großer Mietskasernen einer solchen Siedlerstelle überlegen sei, während die Kommunisten von „Hungerfürsorge“ sprachen und die alte Waise von der „glorreichen Demokratie“ redeten.

Die Stadtverordneten Tisch und Karl Piesch (SPD) kamen sich in ihren Schlussworten als Ausschubberichterstattung kritiker vor, wiesen daraufhin, daß die Träger der Siedlungen keine Kaufhäuser, sondern bekannte Siedlungssozialisten seien und setzten sich vor allem mit der estleinschen Geschwätzigkeit auseinander, diese Erwerbslosen-Stadtrand-Siedlungen mit Siedlerangelegenheiten in Zusammenhang zu bringen.

Es handele sich um ein Experiment, das man machen muß, um nichts zu verpassen, was im Interesse der Erwerbslosen gemacht werden muß.

Die Stimmen der Kommunisten und Spalter wurde die Vorlage schließlich angenommen.

Weniger Sturm entfielte ein weiterer Dringlichkeitsantrag, stehendes Kleingartengelände zu schaffen und für Erwerbslose zur Verfügung zu stellen. Zunächst sind für diesen Zweck vier bis fünf große Flächen vorgesehen und Stadtrat Loffe verwies

darauf, daß die Gärten eine Fläche von 250 bis 600 Quadratmeter umfassen sollen. Ohne Debatte wurde dieser Antrag angenommen.

In einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Januar, die Gebühren für die zahnärztliche Behandlung der vom Wohlfahrtsamt Beitrenten abzuschaffen, empfahl der Ausschuß, die Gebühr von 30 Pfg. zu streichen und neben der Behandlung in der Zahnklinik auch eine beschränkte Arztwahl zuzulassen.

Stadtrat Tisner äußerte Bedenken finanzieller Art gegen die Ausschussvor schläge, während Stadtv. Dr. Kleemann (SPD) für die Forderungen des Ausschusses eintrat, weil die zahnärztliche Versorgung der Wohlfahrtsunterstützten unbedingt eine Erweiterung erfahren muß. Nachdem sich auch Stadtv. Dr. Soffinta (Str.) im gleichen Sinne geäußert hatte, wurde der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

Nachdem die Versammlung in einem weiteren Dringlichkeitsantrag die Annahme einer Erbschaft des Fleischermeisters Krobath zugestimmt hatte, begründete Stadtv. Dr. Kleemann (SPD) noch eine

dringliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion die folgenden Wortlaut hat:

Wir fragen den Magistrat, wie er sich die ärztliche Versorgung der zum 1. April 1932 infolge Kündigung des Vertrages aus der Betreuung der Allgemeinen Ortskrankenkasse ausscheidenden Kriegerhinterbliebenen denkt?

Der Berichterstatter wies in seiner Begründung darauf hin, daß die AOK den Vertrag gekündigt hat, weil sie die Belastung nicht mehr glaubt, tragen zu können. Eine Anfrage des Kassensärztlichen Vereins ist vom Magistrat bisher unbeantwortet geblieben. Der Magistrat müsse sich seiner Verpflichtung den Kriegerhinterbliebenen gegenüber bewußt sein und vor Ablauf des Vertrages mit der AOK eine Neuregelung treffen oder den in Frage kommenden Personenkreis der Kommunaltrankenkasse angliedern.

Die Anfrage wurde von Stadtrat Wohlweber beantwortet, der die näheren Gründe darlegte, die zur Aufkündigung des bisherigen Vertragsverhältnisses geführt haben. Da eine günstige Neuregelung kurz vor dem Ablauf stehe, könne im Interesse der Verhandlungen im Augenblick nicht ausführlich zu den Dingen Stellung genommen werden, wenn die bevorstehenden Abschlüsse nicht gefährdet werden sollen. Nachdem noch die Stadtv. Stope (SNP) und Soffinta (Str.) gesprochen hatten, wurden zwei Anträge angenommen, die vom Magistrat eine Sicherstellung der Krankenversorgung vom 1. April ab fordern.

Damit war die Tagesordnung erledigt und die öffentliche Sitzung wurde kurz nach 20 Uhr beendet. Es schloß sich noch eine geheime Sitzung an.

Urteil im Spritdieber-Prozeß

Kein Bandendiebstahl angenommen - Hohe Zuchthausstrafe für einen Hehler

Ueber eine Million Geldstrafen und Ersatzverpflichtungen

Im sogenannten Spritdieber-Prozeß wurde gestern in später Nachmittagsstunde nach überaus langer Beratung des Gerichts das Urteil verkündet. Kojschnide wurde wegen fortgesetzten Diebstahls und Urkundenfälschung zu 2 Jahren Gefängnis, seine Helfer E. zu einem Jahre, P. und S. zu je 10 Monaten und M. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, der Bandendiebstahl also nicht bejaht und die erlittene Unterjuchungshaft, die bei Kojschnide beinahe ein Jahr beträgt, voll angerechnet.

Wesentlich schärfer saßte das Gericht den Haupthehler, den Gastwirt Fink, an, der zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus wegen gewerbsmäßiger Hehleri verurteilt wurde. Er bleibt gegen Kaution auf freiem Fuß, der Haftbefehl wird aber aufrecht erhalten. Die anderen Gastwirte erhielten wegen einfacher Hehleri 1 Woche bis 4 Monate Gefängnis, drei Angeklagte wegen Begünstigung 2 Monate bzw. 50 und 100 Mark Geldstrafe und fünf der Angeklagten wurden gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes freigesprochen.

Außer den Freiheitsstrafen wurden wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz hohe Geldstrafen und Wertersatzverpflichtungen ausgesprochen, deren Begleichung wahrscheinlich nur bei den Gastwirten in Frage kommt. Kojschnide soll allein 194.268 Mark Strafe und 48.624 Mark Wertersatz bezahlen. Insgesamt machen die Geldbußen rund 900.000 Mark, der Wertersatz rund 250.000 Mark aus.

Mit der Vernehmung der 22 Angeklagten lag das Ergebnis im Spritdieberprozeß so ziemlich klar. Die 19 Zeugen konnten keine wesentlichen weiteren Angaben machen und die Sachverständigen sich nun über technische Fragen äußern bzw. die hinterzogenen Spritmengen rechnerisch festlegen. In seiner

Anklagerede behandelte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Knabitsch die ganze Angelegenheit mit großer Sachlichkeit, beantragte aber enorm hohe Strafen; insbesondere bei Kojschnide, der seine Strafataken nicht aus Not begangen und das Vertrauen der Monopolverwaltung mißbraucht habe. Dr. Knabitsch forderte daher wegen Diebstahls, fortgesetzten Bandendiebstahls, schwerer Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung und Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz drei Jahre Zuchthaus 192.268 Mark Geldstrafe und 48.624 Mark Wertersatz. Falls die Geldstrafe nicht bezahlen könne, für je 1000 Mark einen Tag Zuchthaus. Wegen fortgesetzten Bandendiebstahls, Urkundenfälschung und Verhinderung wurden ferner für den Angeklagten E. unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zwei Jahre Gefängnis, für P., S. und M. je einhalb Jahre Gefängnis und hohe Geldstrafen beantragt.

Die Beweisaufnahme hatte ergeben, daß nicht 22 Jährlingen nur 16 Jährlinge gestohlen wurden. Kojschnide ist bei allen 16 Jährlingen beteiligt, P. und S. haben bei 14 Jährlingen, M. bei 11 und E. bei 8 mitgeholfen. Der Brennereibesitzer Fink hat von dem gestohlenen Spirit die Hälfte also 8 Jährlinge bezogen; der Staatsanwalt hielt ihn deshalb der gewerbsmäßigen Hehleri für überführt und beantragte 1 1/2 Jahre Zuchthaus, 103.219 Mark Geldstrafe und 29.634 Mark Wertersatz. Bei fünf weiteren Gastwirten hielt der Staatsanwalt einfache Hehleri für vorliegend. Sie haben ein oder zwei Jährlinge, einer auch nur 100 Liter gekauft; hier lauteten die Strafentwürfe auf zwei, drei und fünf Monate Gefängnis. Außerdem beantragte er für drei weitere Angeklagte wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz Geldstrafen von 30, 50 und 100 Mark und bei fünf Angeklagten Freisprechung. Die beiden Brüder des ersten Angeklagten und der Selterwasserfabrikant Miska, die bei der Verhinderung des „tragischen Spritfalles“, wie es Kojschnide nennt, behilflich waren, wurden der Begünstigung für schuldig befunden und Gefängnisstrafen von zwei und drei Wochen beantragt. Gegen sämtliche Angeklagte, die der Staatsanwalt für schuldig hält, wurden auch Geldstrafen und Wertersatzstrafen beantragt.

In seiner Anklagerede betonte der Staatsanwalt, daß selbst das beste Kontrollsystem nichts nütze, wenn sich die Angestellten und Arbeiter untereinander einig sind und zusammenarbeiten, wie es hier der Fall war. Kojschnide hatte die Bearbeitung der Streckenkontrolle, war Expedient, Portier, und S. und M. waren beim Abfüllen tätig. So klappte alles großartig. Hätten sie jedoch keine Abnehmer gehabt, hätten sie mit dem gestohlenen Spirit nichts anfangen können. Sie hatten aber große Abnehmer und kleine Abnehmer. Alle diese Hehler sind Fachleute. Sie können sich also nicht mit Gutgläubigkeit herausreden, denn sie wußten genau, welche Bestimmungen für den Vertrieb von Branntwein bestehen.

Die Plaidoyers der neun Verteidiger bewegten sich auf der Ebene der mildernden Umstände bzw. der mildernden strafrechtlichen Bewertung der Veruntreuungen, wobei insbesondere Justizrat Maroth und Dr. Selz den Nachweis zu führen suchten, daß Bandendiebstahl nicht in Frage komme.

Soedeler im Rundfunk

Am 29. Februar übertragen die Sender Breslau und Gleiwitz von 19-19,25 Uhr von der Deutschen Welle einen Vortrag des Preisüberwachungskommissars Oberbürgermeister Soedeler.

Eiserne Front

Sonntag, den 28. Februar, 11 Uhr

Morgenfeier

im Gloria-Palast

Gesang: Kam. Konzertsänger L. Alexander

Rezitation!

Ansprache: Gaufrührer Kam. E. Herrmann

Touffilm: Kameradschaft

Eintritt 50, 75 und 1.- Mark

Karten nur auf dem Büro des Reichsbanners, Ohlauer Straße 68, II.

Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse wissen?

Haus Bergmann Klasse ist ein Meisterstück der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für diesen Preis noch nie dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die alle Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20% bedeuten für uns: Preisabbau und Qualitätsaufwertung!

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft Haus Bergmann Klasse DIE Zigarette für Dich und für mich

In jeder Packung Haus Bergmann Klasse liegen Bergmanns Bunte Bild von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter



Profession - Wochenspielplan

Achtung Australien! Achtung Wien! — Die Million

Im Proleten, Gablistraße 20, Söcherstraße 49, wird ab Freitag, den 26. Februar ein ausgezeichnetes Kulturfilm-Programm gezeigt. Achtung Australien! Achtung Wien! ein Tonfilm von Colin Ross, der Reiseberichterkünstler des Berliner Tageblattes teilt das sehenswerte Programm ein. Colin Ross reiste im Januar 1929 mit seiner Familie durch das menschenleere Australien und durch das überfüllte Wien. Diese beiden Gegenden, weite ungeheure Landschaften mit einer kleinen Bevölkerung in Australien und das überfüllte Wien ist in diesem Film festgehalten. Die Fahrt in Australien führte durch Gebiete, in denen es seit vielen Jahren nicht regnet, in Gegenden, wo die Urtiere dieses Kontinents, Kangurus, Beuteltiere und riesige Echsen, so hornlos zurück sind, weil sie noch nie Menschen sahen, daß sie sich ruhig greifen ließen. Und auf das leere Australien folgt die Fahrt in wilder Gärung befindliche China, die Gandhi-Revolution in Indien, eine Ueberfülle von bunten Bildern des unruhigen Ostens.

Nach diesem außerordentlichen Kulturfilm folgt das künstlerisch wertvolle Werk „Die Million“. Der Tonfilm von René Clair behandelt diesmal die Geschichte eines Lotterieloses. Der arme Bildhauer Michel wird von seinen Gläubigern hart bedrängt. In seiner höchsten Not erfährt Michel, daß sein Los mit einer Million bedacht wurde. Leider hatte er seinen Not, in dem das Los sich befindet, verliert. Und nun zeigt René Clair den Kampf um den Not und gleichzeitig die Wertsteigerung des Menschen, der Aussicht auf Geld hat. Nicht der Mensch wird gewarnt, sondern sein Geld.

Ein Kraftakt, der Mensch aus Stahl, ein zweiter Breitbart und die interessante Wochenplan vervollständigen das überaus reichhaltige Programm. Die Eintrittspreise sind aufs äußerste herabgesetzt, ab 10 Pf. Erwerblos 50 Prozent Ermäßigung. Für die Kinder findet am Sonntag um 1/3 Uhr die beliebte Kinder-Vorstellung statt. Diese Woche sind jedoch die Anfangszeit etwas geändert: Beginn 4,30, 6 und 8,30 Uhr. Derjenige, welcher pünktlich kommt hat mehr vom Programm.

Erwerblosen-Kursus

In der Zeit vom 29. 2. 32 bis 4. 3. 32 veranstaltet die Partei für junge erwerblose Parteigenossen und SWJ-Mitglieder einen Erwerblosenkursus mit dem Gelehrten Dr. Stammer. Thema: Aktuelle Fragen der Politik und der Arbeiterbewegung. Der Kursus findet jeden Vormittag von 10—12 Uhr statt. Meldungen sind im Jugendsekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 174, Gartenhaus, abgegeben. Der Besuch des Kursus ist kostenlos.

Ringkämpfe im Sirkus Busch

Drei spannende Entscheidungskämpfe werden am heutigen Freitag innerhalb der Deutschen Weisterei ausgetragen, und zwar: Nagay Grenovica (Ungarn) gegen Belisch (Bulgarien), Sadurski (Polen) gegen Pietro Sclöz (Berlin) und Poshoff (Breslau) gegen Bela Ragg (Ungarn). Das Programm ergänzt die Begrüßungen Grifis (Sibirien) mit Lupa (Berlin), Anna (Prag) mit Ahrens (Eberfeld) und Kraus (Luxemburg) gegen den Negar Thompson (West-Indien).

Derzeit noch zu sehen: der Kampf der „Pant und Patashon des Ringkampfes“: Czirudin (Rußland) und Sinica-Belgrad. Der letztere erlag nach zwei Minuten durch den Griff mit Wühle. Der kleinste Gewinner ertrug es mit Würde gegen den längsten Bewerber mindestens erst nach zwei Minuten verloren zu haben. Grifis (Sibirien) und Poshoff (Breslau) kamen im Einleitungskampf noch zu seiner Entscheidung und auch Nagay Grenovica (Ungarn) und Pietro Sclöz (Berlin) trennten sich nach drei Gängen unentschieden. Durch einen knappen Sieg über den deutschen Meister Lupa über den Ungarn Nagay, der somit seine erste Niederlage erhielt. Durch Doppelnoten jermäßigten sich dann Ahrens (Eberfeld) und der Negar Thompson so, daß die Entscheidung manchmal nur an einem einzigen Faden hing. Nach 21 Minuten trennten sich beide unentschieden. Auf diesen Entscheidungskampf darf man mit Recht sehr gespannt sein. Einen Kampf aus dem Stand (als zweiter gegen einen Doppelnoten) benutzte der geübte Luxemburger Kraus zum Siege über den Estländer Kauer.

Menschenvereine

Montag, den 29. Februar, 20 Uhr, im Schleißischen Museum für Kunstgewerbe und Antiquitäten, Graupenstraße 14, Vortrag von Herrn Privatdozent Dr. Franz Meißner: „Neue Forschungen zur Frühgeschichte Italiens“. (Mit Lichtbildern.) Bitte willkommen.

um Halten von Pflegekindern

Büchlein die Pflegefrauen der Erlaubnis des Jugendamtes. Die Erlaubnis des Jugendamtes zeigen, daß es noch immer zahlreiche Pflegefrauen gibt, die nicht im Besitze einer solchen Erlaubnis sind, häufig aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. Es wird deshalb nachdrücklich und wiederholt darauf hingewiesen, daß sich Pflegefrauen in solchen Fällen einer Verurteilung nach § 30 Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder Gefängnis bis zu 3 Monaten) aussetzen. Zu den Pflegekindern zählen auch Kinder, die sich nur an einem Teil des Tages, jedoch regelmäßig in Pflege befinden, unter alle unehelichen Kinder bei Verwandten.

Breslauer Schwerhörigenverein e. V.

Am 1. März 19 Uhr. Vereinsabend. — Vortrag des Taubstummensprechers i. R. Söldki, „Unter Goethe“. — Heimabend der Taubstummengruppe am 8. und 22. März. — Abfolgegemeinschaft am Montag. Gäste immer willkommen. Alles im Gartenhaus der Taubstummen-Anstalt, Sternstraße.

Abkündigung der beiden ersten Bezugshefte für verbilligtes Fleisch

Abkündigung der beiden ersten Bezugshefte für verbilligtes Fleisch. Am 24. und 25. Februar fanden an der Bander-Ober-kaufhalle Messungsversuche statt. Vorsitzender war Oberbaurat Dr. Stadtratsmitglied Stadtrat Dr. Wolf. Ge- messen waren 38 Schüler, die sämtlich die Prüfung bestanden, einer Auszeichnung und elf mit „Aus“.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorspanne für Arbeiterhörer. Im Rahmen des Vortragsplans „Zur Berufswahl“ beteiligte sich Schulrat Max Kühn am 18. März mit den Berufswahl bei der Schulpolizei und der Finanzverwaltung. „Bild der Zeit“ mit Dr. Roman Kesseles heute. Am Abend 20 Uhr hören wir aus Berlin die deutsche Brautführung der Boris Godunow von Musjorast (Urfassung).



Täglich ab 4,30 Uhr Letzte Vorstellung 8,30 Uhr.
Ab Freitag, den 26. Februar:

Im Westen nichts Neues

Der weltbekannte Tonfilm nach d. Werk von Erich Maria Remarque. Dieser Film ist absolut unpolitisch. Er ist nicht weiter, als das fönende Erleben des Weltkrieges. Ein Epos von Alltagsmenschen ohne jede Verlogenheit. Ein Film, den Freund und Feind desselben gesehen haben muß.
Dazu das reichhaltige Beiprogramm.

Achtung! Sonntag, den 27. und Montag, den 29. Februar, keine Kino! Achtung!

Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2.30 Uhr: Große Kinder- und Jugend-Vorstellung

Vorschau in der Woche vom 4. bis 10. März, täglich 2 Schlager-Programme.

In Erstaufführung: „Empor zur Sonne“

Ein Schweizer Naturfreund-Schiff, im Verleih für Deut. Land: Reichsleitung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ u. dazu den Film: „Der Bergführer von Zakopane“

Ein Tonfilm, der uns die majestätische Bergwelt der Karpaten u. die unwägbare raue Natur der Hohen Tatra vor Augen führt.

Billigste Eintrittspreise von 0.50 bis 1.00 Mk.
Erwerblos zu allen Vorstellungen 0.30 Mk.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Stadttheater (Opernhaus). Heute, Freitag, Anfang 20 Uhr (Abonnement-Verstellung 2/1) findet die erste Wiederholung der mit großer Begeisterung aufgenommenen Wagner'schen Oper „Das Verbot“ in der Fassung von Werner Jacob unter musikalischer Leitung von Carl Schmidt-Böben mit den Bühnenbildern von Professor Waldmann statt. Sonnabend und Montag, Anfang 20 Uhr, wird die beliebte Operette „Die Blume von Hawaii“ von Varbach mit den Damen Darlow, Kappana, Kugel und den Herren Demals, Helm, Hüller, Pola, Judon, Schmidmann, Weiß in den Hauptpartien gegeben. Sonntag nachmittags, Anfang 15.30 Uhr, gelangt zu erneuerten Vorstellungen die romantische Oper „Die Fledermaus“ von Johann Strauss zum Aufbruch, abends 20 Uhr „Die Fledermaus“ mit Hans Kuhn; in der Titelpartie für Dienstag, Anfang 15 Uhr, sind „Die 400 Schläger“ von Kärntner angelegt. Mittwoch, Anfang 20 Uhr (Woban-Orchester 1/2) „Lucca“.

Vokaltheater. Täglich 11.15 Uhr der große Preisrichterfolg „Der Jerrilena“.

Theater. Das mit großer Interesse aufgenommene Bühnenstück „Sie brennen unter dem Nordstern“ von Daniel R. James, dem ich von Freitag, den 27. Februar, gelangt in der Fassung von Harto Wittson täglich 20.15 Uhr zur Wiederholung. Hauptrollen: Dietrich, Eder, Carlo, Demet, Eberhard, Habel, Menkel, Reis, Schürzenjoch, Selento. Sonntag 15.30 Uhr zu kleinen Preisen „Armana Gerichte“.

Opernhaus. Das Opernspielhaus wird am 1. März wieder eröffnet, und zwar mit einer Aufführung der bekannten Operette „Die Dubarry“ von Paul Knepler und F. W. Wollf. Diese Operette ist der größte Erfolg des Winters und wurde bisher in unzähligen Theatern in Berlin gespielt. Die Dubarry wird dargestellt durch die bekannte Operettensängerin, Frau. Gama, welche in Deutschland einen sehr großen Erfolg hat und die Welt über Hamburg über hundert Male lang. Die Dubarry, der bekannte Tendenzstücken den ich dieser erste für den Harts hatte, ist Herr Hans Fritsch. Die gleiche Gestaltung, des Stückes liegt in Händen des hier durch die effektvolle Ausstattung seiner Dekorationen schon von früher her bekannten Malers Max Wilschke. Die Aufführung selbst wird genau nach dem Muster der Berliner Aufführung herausgebracht, in der Herr Wilschke ebenfalls wie hier den Gängen Dubarry spielte. Die Leitung des Opernhauses hat eine zeitgemäße Verbesserung für diese Aufführung vorgenommen. Die Preise der Plätze sind seit 20.2. bis 4. März herabgesetzt. Es wird sich dringend empfehlen, sich für die ersten Vorstellungen baldigst mit Karten zu versehen.

Schleißische Philharmonie. Am Montag, 29. Februar, findet im großen Konzerthausaal das 7. Vollsinfonie-Konzert unter Leitung von Hermann Beht statt. Als Solist wurde Jodel Chajal verpflichtet, deren macht-

volle schöne Sopranstimme und hochentwickelte Gesangskultur von des Werke verdientlich. Ein Programm enthält: Concerto grosso in D-Dur von Händel und Sinfonie Nr. 7 in A-Dur von Beethoven.

Humboldttheater für Volkshilfe. Der für Freitag, den 26. Februar, anberaumte Sonntag des Herrn Dr. Mühlstein-Frankfurt o. M. „Auskunft in der Not“ muß wegen schwerer Erkrankung des Redners abgelehnt werden.

Wesolauer Volkshilfe. Am dem letzten Vortragsabend dieser Spielerei, den Dr. Gustav Völkler Wien im Rahmen der Sommerveranstaltungen der Volkshilfe am Dienstag, den 1. März, im Schlemmerpalast gibt, wird die F. G. M. u. o. in „Wort und Bild“ geboten und dabei eine Entlohnung des Wiener Liedes vom Lieben Augustin (1878) bis zum „Flotterlied“ (1895) gegeben. Die Flotterliedleitung hat Kapellmeister Hans Freig übernommen. Eintrittskarten für Mitglieder der Volkshilfe zum Einzelpreis von 75 Pf. in der Geschäftsstelle, Schweißbiller Straße 8a, für Nichtmitglieder zum Preise von 1 Mk. nach bei Bolnauer.

Die Haha-Lagergruppe. Der Haha-Klub ist nach einem. Wegen des außerordentlichen Erfolges, den die Haha-Lagergruppe über den Klub bei ihrem Gespiel zu verzeichnen hatte, hat die Leitung des Stadttheaters die Idee zu einem weiteren Gespiel für Sonntag, den 16. März, beschließen. Karten zum Preise von 1, 2, 3, 4 und 5 Mark sind in der Geschäftsstelle der Schleißischen Philharmonie (Stadttheater) erhältlich.

Das Kultur-Zentrum in Breslau tritt erstmalig in Schlesien auf und ist im neuen Programm die einzige Konzertreihe. Anwalt und Schönheit wetteln miteinander bei dieser internationalen Konzertreihe, die Lieblich vom englischen Concert-Garden London organisiert. Am Sonntag finden mit Singing Five, Carl Rapp und Franz Marxhaller noch seinem Juniorkorsetz zwei Vorstellungen, 16.15 und 20.15 Uhr, statt, nachmittags das ungetrigzte Programm zu kleinen Preisen.

Wesolauer Wappenhof. Heute, Freitag, 16.15 und 20.15 Uhr, zwei Vorstellungen mit dem ausgezeichneten zweiten Februar-Programm, das in reichem Maße besonders die Tanzkunst zu ihrem Rechte kommen läßt. Die Spitzen-Tänzerin Wanda von Witsch tanzt in höchster Vollendung eine „Gavotte“ und Elie Benon einen spanischen Tanz; das internationale Tanzpaar Kalla und Slang zeigt neben dem beliebten „Kumba“ den kommenden Wettbewerb von 1932, der vom Publikum mit allergrößtem Beifall aufgenommen wird. Außerdem noch weitere erstklassige Attraktionen.

Wichtigster Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kriegern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Im Bereiche der kontinentalen Ostwindströmung ist es in der vergangenen Nacht in Schlesien zu starken Fröhen gekommen. Im Flachlande sank die Temperaturen vielfach unter minus 10 Grad. Die neue Situation ist durch ihren Einfluß heute morgen bereits auf das Ostgebirge und dürfte noch im Laufe des Tages auch in unserem Bezirk Bevölkerungsumnahme sowie bereitzustellen. Die Temperaturen werden erneut ansteigen.
Ausflügen für das schlesische Flachland:
Bei vorübergehenden nördlichen Winden erneut Bewölkungsumnahme und Frostmilderung.
Ausflügen für das schlesische Mittel- und Hochgebirge:
Bei nördlichen Winden nach vorübergehender Aufbesserung erneut Eintrübung, zeitweilige Schneefall, Frostmilderung.
Sonnenaufgang: 0.59 Uhr — Sonnenuntergang: 17.29 Uhr

Dreifach-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Lotteriekontrollen in Breslau, Odessa, Lauenburg, die Mittelteil wurden folgende Gewinne gezogen:
15. Ziehungstag 25. Februar 1932
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mk. gezogen

12 Gewinne zu 10000 Mk.	292932
2 Gewinne zu 5000 Mk.	38991 106297 115698 216129 274619 343798
14 Gewinne zu 3000 Mk.	26338 49997 114651 115020 199785 226413 331963
48 Gewinne zu 2000 Mk.	20240 92150 109252 112861 158675 161431 161655 189387 177688 188248 181127 202638 226252 245559 274850 293234 295804 291596 307589 349187 362288 362633 365162 368239
112 Gewinne zu 1000 Mk.	15818 22852 23979 48808 62783 61359 67972 72174 84658 87955 92360 92165 119796 139306 144488 147158 152474 152948 153633 153852 166886 170778 181673 181919 187057 193557 200171 208651 224476 231286 238258 240982 242275 243258 256139 261445 263272 276193 284352 286277 297432 317204 340577 341514 344790 349543 365974 370184 371198 378433 378770 382582 387935

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mk. gezogen

2 Gewinne zu 25000 Mk.	262333
2 Gewinne zu 10000 Mk.	243034
2 Gewinne zu 5000 Mk.	74983
12 Gewinne zu 3000 Mk.	2215 59775 70028 107885 144518 148851
50 Gewinne zu 2000 Mk.	9307 38987 43042 43893 57334 89525 89727 91731 159811 161869 187784 209589 220108 242804 253121 257940 297211 268808 313154 335837 370066 377314 382841 387362 390516
96 Gewinne zu 1000 Mk.	5920 8358 13369 15501 17461 31823 33332 52411 70636 89947 103790 110410 132488 148337 153766 156819 156862 157200 158190 162116 162253 175574 176911 186198 187329 198779 210011 225864 226663 245810 247177 262709 263886 275146 293051 298984 309426 319777 320744 326858 354387 360339 360454 362325 380338 394035 394548 398306

Politische Nachrichten

SPD. gegen Margarinezollpläne

Brüning schließt sich der Auffassung der SPD. an
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte dem Reichskanzler kürzlich unter Bezugnahme auf Meldungen in der Presse ein Schreiben zugehen lassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß etwaige Zollerhöhungen bei Margarinezollplänen im härtesten Widerspruch zu den Grundgedanken der 4. Notverordnung des Reichspräsidenten stehen, nämlich der Gleichzeitigkeit der Preisentwertung und Lohnsenkung und von derartigen Zölnmaßnahmen insbesondere die Arbeitslosen hart betroffen würden. Auf dieses Schreiben hat der Reichskanzler unter dem 22. Februar wie folgt geantwortet:
„Eine Verteuerung der Margarine, die bei einer Erhöhung der Zölle für Margarine-Rohstoffe wohl nicht vermeidlich wäre, würde eine Belastung der breiten Massen der Rinderbeteiligten, in ihrer Kaufkraft schon sehr geschwächten Bevölkerung zur Folge haben, und auch nicht zu vermeintlichem Butterverbrauch, sondern nur zu einem Rückgang des Fettkonsums als solchem führen. Sie würde auch die mit der allgemeinen Preisentwertung verfolgten Befreiungen künden. Schon die Tatsache, daß noch in jüngster Zeit die Margarine-Rohstoffe auf die Preisliste der Waren gesetzt worden sind, die von der Ausgleichssteuer bei der Einfuhr ausgenommen werden sollen, zeigt das Bestreben der Reichsregierung, die Fettverzögerung der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Bei dieser Sachlage sind die vortiergen Besorgnisse meines Erachtens nicht begründet.“

20. März Biersteuerentlung

Die von der Reichsregierung kürzlich in Aussicht gestellte Biersteuerentlung soll zum 20. März in Kraft treten. Das Ausmaß der Entlung soll dort, wo die Gesamtsteuer (Reichsbier- und Gemeindesteuer) bisher 22 Mark betragen hat, etwa 7 Mark ausmachen.

Die Vertrauensmännerversammlung der Berliner Lokal-Kommision für das Gastwirtsgerwerb hat am Mittwoch beschlossen, den am Sonntag gefaßten Beschluß des Eintritts in den Bierfreistellung anzunehmen. Ab heute früh 3 Uhr soll kein Bier mehr ausgehört werden.

Nazi-Mittrauensantrag gegen Löhne

Der Reichstagsrat des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion auf einen Mißtrauensantrag gegen den Reichspräsidenten, wie er von den Nationalsozialisten eingebracht worden ist, nach der Geschäftsordnung überhaupt zulässig ist. Die Zulässigkeit eines solchen Antrages wurde jedoch nur von den Antragstellern selber anerkannt. Alle anderen Parteien, also auch die Kommu-

nisten und die Deutschnationalen, gaben der Auf-fassung Ausdruck, daß weder ein Mißtrauensantrag gegen den Reichspräsidenten, noch dessen Aberufung möglich ist, da seine Wahl und die des Präsidiums jeweils für die ganze Legislaturperiode vorgegeben ist. Der ablehnende Satz jedoch keine Beschlüsse. Er überließ vielmehr auf Wunsch des Reichspräsidenten Löhbe, der eine schnelle Entscheidung verlangte, die Beschlußfassung dem Reichstag selbst. Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag wird daher auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung gestellt und nach Erledigung der großen politischen Aussprache mit zur Abstimmung kommen.

Neuer Krach in der Volkspartei

Das Ausmaß der heutigen Abstimmung
In der Deutschen Volkspartei gärt es wieder einmal. Die volksparteiliche Fraktionsmehrheit hat gegen das Kabinett Brüning ein Mißtrauensvotum eingebracht. Sie ist über diesen Beschluß am Donnerstag abend noch dadurch hinausgegangen, daß für die heutige Abstimmung nicht nur Fraktionszwang, sondern auch Unwesenheitszwang gefordert und beschlossen wurde. Ein Teil der volksparteilichen Abgeordneten hat jedoch von vorne herein erklärt, daß er, wie bei früheren Abstimmungen, keineswegs gegen Brüning kämpfen werde. Er würde jedoch der Fraktionsmehrheit dadurch entgegenkommen, daß er den Sitzungssaal verlassen oder eine Enthaltungstimme abgeben werde. Trotzdem blieb die Fraktionsmehrheit bei ihrem Beschluß, ja, sie ging darüber noch hinaus durch die Feststellung, daß jeder heute unentschuldig fehlende volksparteiliche Abgeordnete sich dadurch automatisch aus der Fraktion ausschließt, so daß die Möglichkeit einer Spaltung der Deutschen Volkspartei in unmittelbare Nähe gerückt ist.

Litwinow's Antrag abgelehnt

Aber Einigung über die Arbeit der Abstimmungskonferenz
Genf, 25. Februar. (Fig. Drahtbericht.)
Am zweiten Tage der Aussprache im Allgemeinen Ausschuß der Vorkonferenz sind die Verhandlungen unter der Form von Kämpfen um Projektfragen Litwinow's Antrag für die sofortige Festabstimmung fand nur noch die Stimme der Türkei. Auch ein Vermittlungsversuch des Spaniers Maberio mit dem Zweck, die Festabstimmung als Gegenstand der Aufgabe der fortsetzenden Abstimmungsberatung und Zusammenarbeit zu erzielen und so vor den englischen Antrag zu sehen, verfiel der allgemeinen Ablehnung. Es nahm nun nach amerikanischer Charles DeSoto einflußmäßig auf mit den Chinesen Li Jui-Ho's Antrag an. Sie soll die Konferenzarbeit im Rahmen des vorbereiteten Konventionentwurfs bei größter Freiheit für die Abarbeitung aller anderen Beschlüsse. Die Arbeit wird in vier technischen Ausschüssen und einer Kommission für politische Spezialfragen vorbereitet.

Vermittles Leben

In der Zentralstelle für Vermittelt und unbekannte Tote...

In einem der langen, grauen Gänge des Berliner Polizeipräsidiums leuchtet dem Suchenden tröstlich ein weißes Schild...

Zeitungslieferer auf der Brücke

Wir haben Kommissar Bender von der Berliner Vermittlungsstelle...

Bierstreik in Berlin

Am Donnerstag setzte in Berlin der Bierboykott der Gastwirte ein.

Die Gastwirte fordern Senkung der Reichsbiersteuer auf 5 Mark...

Prozeß der sieben Frankfurter

11 Jahre, 9 Monate Gefängnis, 135750 Mark Geldstrafe

Am Donnerstagnachmittag wurde im Raug-Prozess in Frankfurt a. M. das Urteil gefällt.

Die Angeklagten wurden verurteilt wegen Untreue, handelsrechtlicher Untreue, Beihilfe zur Untreue und Betrugs begangen in vielen Fällen.

Das Urteil ist außerordentlich milde. Die Angeklagten haben durch ihr struppelloses Verhalten dem gesamten Wirtschaftsleben einen ungeheuren Schaden zugefügt.

Berlin ein Schaden von etwa 500 000 Mark entstehen. Außerdem wäre mit Arbeiterentlassungen bei den Brauereien zu rechnen.

Selbstmordversuch eines Mörders im Untersuchungsgefängnis

In einer Zelle des Hamburger Untersuchungsgefängnisses beging der Kellner Kahl, der im November v. J. wegen der Ermordung einer Frau zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt worden war, einen Selbstmordversuch.

Der erste Abend des Lichtbottens in Hamburg

Der vom Einzelhandel in Hamburg proklamierte Lichtbottentag hat gestern Abend mit Geschäftsschluss eingeleitet.

Aus dem schwarz-weiß-rotten Potsdam

In Potsdam wurde der 39jährige Stadtmannmann Glomberg, Leiter des Potsdamer Wohlfahrtsamtes, verhaftet.

Arteil gegen Kommunisten

Vom Schöffengericht Berlin-Lichtenberg wurden neun Kommunisten aus der im Norden Berlins gelegenen Laubenkolonie "Grönland" wegen unbefugten Waffenbesitzes und Bildung eines bewaffneten Haufens zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr 1 Monat bis zu 2 Jahren 1 Monat verurteilt.

100 000 Francs geraubt

In Paris wurde am Mittwoch auf offener Straße ein Bankkassierer überfallen und seiner Kassenkiste mit 100 000 Francs Inhalt beraubt.

Eine ganze Geschworenenebant bestochen

Während einer Gerichtsverhandlung in Sarnhor (Galizien) lehnte der Staatsanwalt die gesamte Geschworenenebant ab, weil sich herausgestellt habe, daß dieselben Geschworenen vor einigen Tagen bestochen worden seien.

Doppelmord

In Neuveville bei Neuchâtel (Schweiz) hat ein Arbeiter seine Schwester und seinen Vater erschossen und seinen Bruder durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt.

Elli Beinhorn in Sibirija

Elli Beinhorn hat gestern nachmittag das Endziel ihres Fluges nach Niederländisch-Indien erreicht.

Prinzessin Sternmiese

Von G. Th. Kotman.



Über", so sagt der König fort, "zehn tapfere Jünglinge wurden vom Hehl getroffen. Und da gelobte ich, das Land des Fischkönigs-Horbekert für alle Zeiten unter den Schutz der Zweige zu stellen.



Alles zitterte beim Anhören dieses schrecklichen Urteils. Unter ängstlichem Stillsitzen wurde der Storch zur höchsten Höhe am Mastenstand geführt.

Proleton

Gabitzstr. 20-22, Köpfenstr. 49 Anfangszeiten 4.30, 6.00, 8.30

Achtung! Australien Achtung! Asien Das Doppelgesicht des Ostens Ein Colin-Rob-Tonfilm

Die Million Ein Tonfilm von René Clair Die Geschichte eines Lotteriegewinners Auf der Bühne:

DIOMEDIS Der Mann aus Stahl Ein neuer Breitbart

Neue Wende Wochenschau Eintritt 40 Pf. Lyceum 18 Pf. Erdbeuge

Große Kindervorstellung

Achtung! Australien - Achtung! Asien und vom letzten Tagprogramm Kinder 20 und 30 Pf.

ARBEITER-SPORT-KARTELL

Einfach unmöglich

Die Vorlage zur Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung... Die Vorlage für eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung...

Rückgang des polnischen Kohlenexports

Der polnische Kohlenexport ist in der ersten Hälfte des Monats Februar im Vergleich zur entsprechenden Zeit im Monat Januar...

Preissteigerungen im Expeditionsgerwerb

Die Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit dem Expeditionsgerwerb haben zu folgendem Ergebnis geführt...

Das „Rote Proviantamt“

Der Fallische Tragödie letzter Akt - Eine wichtige Gerichtsentscheidung über die Nachschulpflicht der Genossenschaftler

In Halle hat sich der letzte Akt in der Tragödie des sogenannten „Roten Proviantamtes“ abgepielt... Die Schlussterminverpflichtung ist von grundlegender Bedeutung...

gewesen, einen Konkurs deshalb nicht oder vorläufig nicht einzustellen... Der Konkursverwalter hatte fast 3000 Mark in das Verfahren gesteckt...

Die Schlussterminverpflichtung ist von grundlegender Bedeutung... Man sprach dem Richter nicht das Recht zu, das Konkursverfahren wegen Mangels an Masse einzustellen...

In der Begründung führte der Richter aus, daß zwar dem Konkursrichter nach dem Genossenschaftsgesetz unterliegt, die Annahme eines Konkurses wegen Mangels an Masse zu verweigern...

Drohender Angestelltenabbau durch die Bankenfusion

Die Bankenfusion bedroht Tausende von Bankangestellten mit dem Abbau... Die Fusion der Bank für Sozialleistungen mit dem Reichsbankensystem...

Mit der Verteilung des Sozialfonds, den die Reichsregierung in Höhe von 20 Millionen zur Wüderung der Abbauarbeiten bereitgestellt hat... Die Bankenfusion bedroht Tausende von Bankangestellten mit dem Abbau...

Hilfe für die Lehrlinge

Besprechung mit dem Reichspräsidenten...

In der kommenden Woche finden im preussischen Handelsministerium Besprechungen mit den Gewerkschaften über die Lehrlingsnot statt... Die Lehrlinge sind in eine prekäre Lage gekommen...

Freiburger Wirtschaftlicher Niedergang

Der Reichstag soll helfen

Das Stadiparlament beschloß in seiner letzten Sitzung einstimmig ein Telegramm an den Reichspräsidenten zu senden... Der Niedergang der Freiburger Wirtschaft...

Haben wir noch einen Preisüberwachungskommissar?

Hierin erhebt keine Bedenken

Die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung des Preisüberwachungskommissars wird in Frage gestellt... Die Preise sind stark gestiegen...

Ist Nebenerwerbsfiedlung zweckmäßig?

(Schluß) Beim Bau dieser Siedlungshäuser unter Mitwirkung der Siedler müssen die einzelnen Gruppen möglichst so zusammengestellt werden...

Dem Siedlungssträger erwächst hier eine sehr beachtliche organisatorische Aufgabe... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Wenn wir im Vorliegenden dargelegt haben, auf welche Weise die jetzt geplanten vorläufigen Siedlungen zur Ausführung kommen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Unsere Überlegungen für die weitere Durchführung der Kleinlandfiedlung haben deshalb zu folgenden Ergebnissen geführt... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Man wird zu drei- und vierstägiger Arbeit kommen müssen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Man wird zu drei- und vierstägiger Arbeit kommen müssen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Die Kleinlandfiedlung in Ostpreußen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Die Kleinlandfiedlung in Ostpreußen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Die Kleinlandfiedlung in Ostpreußen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Die Kleinlandfiedlung in Ostpreußen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Die Kleinlandfiedlung in Ostpreußen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Maße herangezogen werden kann... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

In der Annahme, daß die erforderlichen Bausteine einschließlich der Nebenanlagen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Das entspricht einer monatlichen Belastung von 20 Mark... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Sinnig treten die Kosten, die für das Gelände als Pacht zu zahlen wären... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Eine solche Siedlung mit 2 bis 5 Morgen Land hätte für die beteiligten Industriearbeiter den Vorzug... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Träger für ein solches Siedlungsunternehmen können die bestehenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmen sein... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Die einzelnen Industriegebiete müssen in derselben Weise als wir das bereits für die vorläufigen Kleinlandfiedlungen... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Wir glauben, wenn man dieser Anregung folgt und in den dafür in Frage kommenden Industriegebieten... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Aufgabe des Reiches muß es sein, die zur Errichtung solcher Siedlungen erforderlichen Beiträge... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...

Wir glauben mit einem solchen Vorschlag eine wertvolle Beitragung zur Lösung der Kleinlandfiedlung... Die Nebenerwerbsfiedlung ist zweckmäßig...